

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Hans Kohler,  
Lutz Reyher, Eugen Spitznagel

Zur Arbeitsmarktentwicklung 1989/90

22. Jg./1989

**4**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin  
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),  
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16,  
E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;  
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30.  
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.  
ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Zur Arbeitsmarktentwicklung 1989/90

*Autorengemeinschaft\**)

Im *Jahresdurchschnitt 1989* lag die Erwerbstätigenzahl um knapp 350000 Personen über dem Vorjahr, die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist erstmals seit vielen Jahren wieder deutlich zurückgegangen (rd. – 200000 Personen). Dabei spielten zusätzlich zur konjunkturellen Besserung auch die Statistik beeinflussende Sonderfaktoren eine Rolle.

Vor allem in der *zweiten Jahreshälfte 1989* bremste der jetzt weit überwiegend wanderungsbedingte Zuwachs des Angebots an Arbeitskräften (Aussiedler, Übersiedler aus der DDR, Asylbewerber und andere Zuzüge) den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dies gilt verstärkt auch für 1990, in dem das *Erwerbspersonenpotential* um bald eine halbe Million Personen zunehmen dürfte, mehr als jemals in den 70er und 80er Jahren. Dabei schlagen sich vor allem auch die „explosionsartig“ angestiegenen Zuwanderungen im Herbst 1989 nieder.

Für 1990 wird hier in Alternativrechnungen von einem *Spektrum des realen Wirtschaftswachstums* ausgegangen, das von 3% bis 4% reicht. Jüngste Prognosen rechnen allgemein mit 3% Wachstum, wobei auch im Zusammenhang mit den verstärkten Zuwanderungen eher darüber hinausgehende Impulse für die Wirtschaft gesehen werden.

Je nach gesamtwirtschaftlicher Entwicklung wird die *Erwerbstätigenzahl* auch 1990 nochmals kräftig steigen (+ 350000 bzw. + 430000 Personen). Dies bedeutet allerdings im Hinblick auf den Anstieg des Erwerbspersonenpotentials, daß 1990 kaum mehr ein Spielraum für einen deutlichen Abbau der *Arbeitslosigkeit* besteht (registrierte Arbeitslose unverändert bzw. – 50000 Personen auf allenfalls knapp unter 2 Mio.).

Im Zusammenhang mit Leistungseinschränkungen (bei Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung) und der konjunkturell bedingten geringeren Inanspruchnahme von Kurzarbeit haben *arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach dem AFG* sowie die von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Fälle der Vorruhestandsregelung die Arbeitslosenzahl 1989 weniger entlastet als im Vorjahr (um rd. 370000 Personen), d.h. ohne diese Maßnahmen wäre die Arbeitslosigkeit entsprechend höher gewesen. Aufgrund der Haushaltsplanung sind für 1990 etwa gleich hohe Effekte zu erwarten.

Im vorliegenden Beitrag werden – ergänzend zur Einschätzung der globalen Arbeitsmarktentwicklung – wichtige Einzelaspekte näher behandelt:

- Der *Potential-Effekt der Zuwanderungen von Aus- und Übersiedlern*, der aus einer speziell auf diese Personengruppen bezogenen *Arbeitskräfte-Gesamtrechnung* abgeleitet wird.
- Die *gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit*; im Jahre 1989 betragen sie durchschnittlich 28 800 DM pro Person und Jahr bzw. insgesamt knapp 60 Mrd. DM für alle öffentlichen Haushalte (einschl. Sozialversicherungsträger) zusammengenchnet.
- Entwicklung und Struktur der *Teilzeitarbeit*, die für die Erwerbsbeteiligung von Frauen einen besonderen Stellenwert hat und (wie auch andere Komponenten der Arbeitszeit) beschäftigungspolitisch von großer Bedeutung ist.

## Gliederung

1. Einleitung
2. Der Arbeitsmarkt 1989
  - 2.1 Das Arbeitskräfteangebot
  - 2.2 Zur Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften
  - 2.3 Die Arbeitsmarktbilanz
3. Zur voraussichtlichen Arbeitsmarktentwicklung 1990
  - 3.1 Das Arbeitskräfteangebot
  - 3.2 Zur Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften
  - 3.3 Die Arbeitsmarktbilanz
4. Ausblick auf die kommenden Jahre

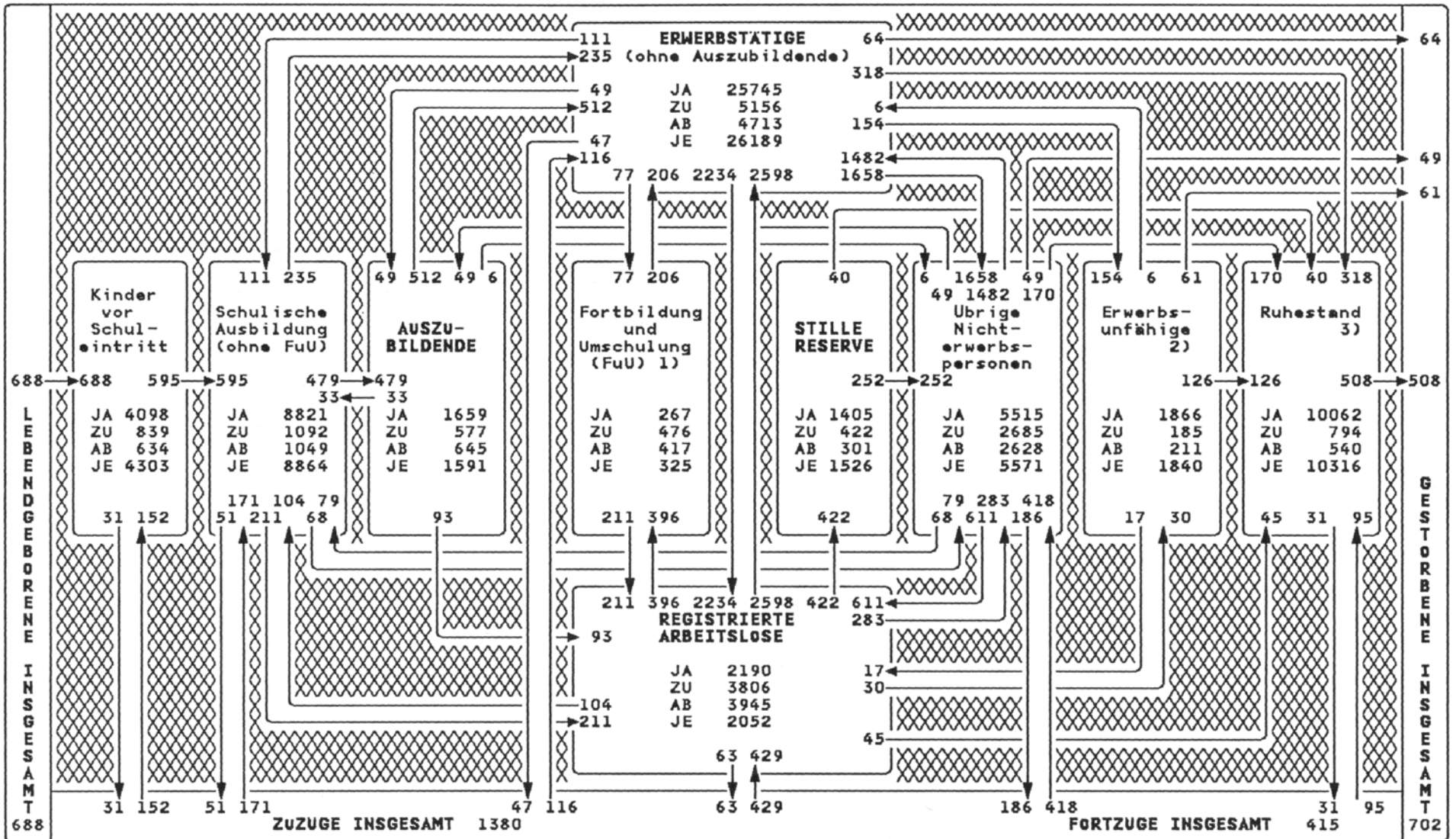
## 1. Einleitung

An der Schwelle zu den 90er Jahren befindet sich der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in einer zwiespältigen Konstellation. Auf der einen Seite war das Jahr 1989 bis zum Ende hin von kräftigem Wirtschaftswachstum geprägt, das – bei relativ hohem Auslastungsgrad der Produktionsanlagen – eine erfreuliche Zunahme der Beschäftigtenzahl mit sich brachte. Die Erwerbstätigkeit hat einen absoluten Rekordwert erreicht. Seit dem Einbruch in den frühen 80er Jahren ist die Zahl um fast 1,2 Mio. gestiegen. Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsanstieg werden sich nach allgemeiner Vorausschätzung 1990 fortsetzen, wenn auch vielleicht etwas verlangsamt.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich auf der Angebotseite des Arbeitsmarkts. Im Laufe des Jahres sind (netto) mehr als 900 000 Menschen ins Bundesgebiet eingewandert, rd. die Hälfte davon sind Erwerbspersonen. Der Strom der Zuwanderungen wurde im Laufe des Jahres immer breiter. Doch da vielfach „Zwischenstationen“ (Deutschkurse, berufliche Fortbildungskurse) notwendig sind, hielten sich

\*) Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Hans Kohler, Lutz Reyher, Eugen Spitznagel sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 20.12. 89.

Schaubild 1: Arbeitskräfte-Gesamtrechnung (AGR) 1989 – Bestände und Bewegungen am Arbeitsmarkt (in 1000) –



Die Bestandszahlen aller oben ausgewiesenen Personengruppen ergänzen sich zur Wohnbevölkerung.

JA, JE = Jahresanfangs- bzw. Jahresendbestand; ZU, AB = Zu- bzw. Abgänge im Jahresverlauf.

Einige kleinere Ströme sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt.

1) Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung (ohne Einarbeitung) einschl. Sprachförderung. – 2) Bezieher von Erwerbsunfähigkeitsrente. – 3) 60jährige und Ältere, die nicht dem Potential und nicht den Erwerbsunfähigen zugehören.

Quelle: Berechnungen des IAB

die Auswirkungen dieser Zuwanderung auf das Erwerbspersonenpotential 1989 noch in relativ engen Grenzen. Der volle Effekt wird erst 1990 eintreten: Das Erwerbspersonenpotential wird dann um fast eine halbe Million Personen zunehmen.

Erstmals seit mehreren Jahren ist nun auch die Arbeitslosigkeit wieder deutlich zurückgegangen. Dies war in erster Linie wohl der gleichzeitigen Beschäftigungsentwicklung zu verdanken, aber nicht nur. Gesetzesänderungen und ihre administrative Handhabung wie auch technisch-organisatorische Sonderfaktoren waren mit im Spiel, und zwar in nennenswertem Ausmaß.

Die Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl – ganz abgesehen von dem Einfluß der Sonderfaktoren – nicht so stark zurückging, wie die Beschäftigtenzahl zunahm, bedeutet wiederum nicht, daß der Aufschwung an „den Arbeitslosen mehr oder weniger vorbeigegangen“ wäre, wie in der lebhaften arbeitsmarktpolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit mitunter behauptet wurde. Die Frage, inwieweit die Beschäftigungsentwicklung durch erstmalige oder erneute Integration von vordem Arbeitslosen in den Erwerbsprozeß erfolgt, läßt sich nicht an der Veränderung der Arbeitslosenbestandszahl ablesen. Wie sich dieser Bestand (netto) verändert, hängt ja auch von den gleichzeitigen Zugängen in Arbeitslosigkeit ab. Und dies sind nicht wenige: Im Jahre 1989 gab es rd. 3,8 Mio. Zugänge in Arbeitslosigkeit! In knapp 60% der Fälle handelt es sich dabei um vordem Erwerbstätige, die übrigen waren vorher in der Bundesrepublik nicht erwerbstätig, sind überwiegend zugewandert oder waren in schulischen oder betrieblichen Ausbildungsverhältnissen.

Auf der anderen Seite gab es in diesem Jahr rd. 2,6 Mio. Übergänge aus Arbeitslosigkeit in *Erwerbstätigkeit*. Nur an dieser Bewegungsgröße läßt sich ablesen, wie elastisch die Arbeitslosen auf die Kräftenachfrage reagieren. Freilich darf auch nicht übersehen werden, daß es gegenwärtig etwa 700 000 Personen gibt, die länger als ein Jahr arbeitslos sind und an der Dynamik des Arbeitsmarktes nur wenig teilhaben. Ihnen gilt daher auch die *besondere arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aufmerksamkeit!*

Die vorherrschende Beurteilung der Arbeitsmarktverhältnisse lediglich anhand der Bestandsgrößen und deren Veränderungen greift mit Abstand zu kurz und führt in aller Regel zu den Fehleinschätzungen, die in der öffentlichen Diskussion gerade zur Gegenwart besonders häufig auftreten. Erst in der Kombination von Bestands- und Bewegungsgrößen, wie sie in der Arbeitskräftegesamtrechnung (AGR) des IAB zum Ausdruck kommt, wird die starke Dynamik des Arbeitsmarktes erkennbar (siehe Schaubild I und Tabelle I im Anhang). Erst mit derart differenzierter Sichtweise wird auch deutlich, in welchem Maße die neuerlichen Zuwanderungen zu der Beschäftigungssteigerung insgesamt beigetragen haben.

Hierzu legen wir in dem nachfolgenden Teilbeitrag von *Reyher* und *Bach* erstmals eine *Spezial-AGR für Aus- und Übersiedler* vor. Es ist zwar richtig und erfreulich, daß auch diese Personengruppen am Beschäftigungszuwachs teilhatten, aber ihr Anteil an der Gesamtentwicklung ist doch geringer als vielfach angenommen wird.

<sup>1)</sup> IAB-Kurzbericht VII/2, vom 31. 10. 89: „Mehr als 1 Million Fachkräfte münden jährlich wieder in Beschäftigung ein“

Vor dem Hintergrund dieser Bewegungsvorgänge erscheinen auch die gegenwärtig in der öffentlichen Arbeitsmarktdiskussion so dominanten Klagen über Kräftemangel, Fachkräftemangel und „Verspannungen“ am Arbeitsmarkt in einem anderen Licht, zumal fast die Hälfte dieser 2,6 Mio. Übergänge von Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit qualifizierte Arbeitnehmer, also Facharbeiter und qualifizierte Angestellte betrifft.<sup>1)</sup> Sicherlich gibt es potentielle Engpässe in bestimmten Sektoren und Regionen, insbesondere bei kleineren Betrieben. Dies darf aber nicht verallgemeinert werden.

Wie mag es weitergehen? Auf der Angebotsseite ist wohl weiterhin mit starken Zuwanderungen zu rechnen, auch wenn die Abwanderungstendenzen aus der DDR wieder nachlassen würden. Die Zuzüge von Aussiedlern, Asylbewerbern und anderen Ausländern zusammengenommen übertreffen mit Abstand die demografisch bedingten Rückgänge der deutschen Bevölkerung, die in den kommenden Jahren nun immer ausgeprägter sein werden.

Dabei ist es möglich, nach den jüngsten Wanderungsdaten sogar wahrscheinlich, daß die hier getroffenen moderaten Annahmen tatsächlich überschritten werden, namentlich bei Übersiedlern aus der DDR. Gerade hier wird aber deutlich, daß die gegenwärtigen Wanderungen in hohem Maße durch politische Entwicklungen mitbestimmt werden, die an dieser Stelle nicht vorausgesehen werden können. Gleichwohl werden die arbeitsmarktlichen Auswirkungen nochmals verstärkter Zuwanderungen kurz angesprochen. In diesem Falle gilt auch der Grundbefund verstärkt, daß der Druck vom Arbeitskräfteangebot bestehen bleiben dürfte, auch in den nächsten Jahren.

Weniger gewiß bleibt die zukünftige Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage. Sicherlich gehen von der starken Zunahme der Einwohnerzahl auch positive Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Auf der anderen Seite lassen sich konjunkturzyklische Schwankungen und weltwirtschaftliche Irritationen nicht auf alle Zeit ausschließen. Selbst wenn man dies einmal unterstellte, so ergibt sich doch eine Konstellation am Arbeitsmarkt, die noch auf Jahre hin durch ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gekennzeichnet ist.

Aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifikationsförderung bleiben also auf Dauer gefordert. Die Kosten der Arbeitslosigkeit, die in dem nachfolgenden Teilbeitrag von *Spitznagel* in gesamtfiskalischer Perspektive behandelt werden, sind unerträglich hoch.

Auch darf das Entlastungspotential der Arbeitszeitkomponente nicht aus dem Blickfeld geraten. Hierzu gehört auch die Teilzeitbeschäftigung, zu welcher wir im nachfolgenden Teilbeitrag von *Brinkmann* und *Kohler* vor allem Entwicklungslinien, z. T. auch Strukturen und Potentiale aufzeigen.

## 2. Der Arbeitsmarkt 1989

### 2.1 Das Arbeitskräfteangebot

Auch 1989 wuchs das Angebot an Arbeitskräften (+ 280 000 Personen). Der Anstieg fiel höher aus als im Vorjahr (1988: + 210 000 Personen), obwohl demografisch bedingte, interne Zuwächse kaum noch eine Rolle spielen. Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der Erwerbsbevölkerung führen in diesem Jahr bei Deutschen zu leichten Rückgängen und bei in der Bundes-

republik lebenden Ausländern zu leichten Zuwächsen. Die verstärkte Netto-Zuwanderung von Deutschen (Aussiedler, Übersiedler) und Ausländern (Asylbewerbern u. a.) ist für den Anstieg von ausschlaggebender Bedeutung (Übersicht 1).

Der Anstieg der Zahl der *deutschen* Erwerbspersonen belief sich 1989 auf rd. 120 000 Personen. Bei der Berechnung wurde von einer eher moderaten Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgegangen (mittlere Variante der längerfristigen Vorausschau des IAB; Verhaltenskomponente: 4- 50 000 Personen).

Der Zustrom von Aussiedlern (377 000 Personen) und von Übersiedlern aus der DDR (344 000 Personen) schlägt sich zum Teil erst im Folgejahr im Erwerbspersonenpotential nieder: Weil sie erstens nur einen Teil des laufenden Jahres in der Bundesrepublik lebten, die Zuwanderungen sich zweitens stark auf das Jahresende hin konzentrierten und drittens zudem bei den Aussiedlern durch Teilnahme an Deutschkursen u. a. längere Vorlaufzeiten zu unterstellen sind, bis eine Arbeitssuche bzw. Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik erfolgen kann. Einzelheiten hierzu sind dem nachfolgenden Teilbeitrag über die *Arbeitskräfte-Gesamtrechnung* für Aus- und Übersiedler zu entnehmen.

Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden *ausländischen* Arbeitskräfte nahm 1989 um rd. 160 000 Personen zu. Dies resultierte vor allem aus der im *Jahr davor* kräftig gestiegenen Netto-Zuwanderung von Ausländern: Auch ohne Berücksichtigung der Asylbewerber (mehr als 100 000 Personen) gab es im Jahre 1988 gut 190 000 mehr

Zuwanderungen von Ausländern in die Bundesrepublik als Rückwanderungen zu verzeichnen waren. Hier dürften vor allem auch konjunkturelle Faktoren eine Rolle spielen.

Eine Trennung in Zuzüge aus EG-Staaten (sofortige Arbeitserlaubnis) und sonstige Zuzüge ist anhand der bislang vorliegenden Statistiken noch nicht möglich. Anders als bei Asylbewerbern, bei denen die besonderen rechtlichen Regelungen zu beachten sind, wurde bei den sonstigen Zuwanderungen von Ausländern unterstellt, daß sie (mit den Anteilen, die zur Erwerbsbevölkerung zu zählen sind) im Jahre nach dem jeweiligen Zuzug potentialwirksam werden, d. h. zum Arbeitskräfteangebot zählen.

Einzelheiten der aktualisierten Berechnung des Erwerbspersonenpotentials mit einer Vorausschau auf die kommenden Jahre bis 1993 sind der Übersicht I zu entnehmen.

## 2.2 Zur Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften

Die konjunkturelle Entwicklung verlief im Jahr 1989 unvermindert günstig. Die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am realen *Bruttoinlandsprodukt*, war im ersten Halbjahr um rund 3,5% größer als im Vorjahr. Diese positive Tendenz hielt auch im zweiten Halbjahr an, so daß insgesamt ein *reales Wirtschaftswachstum* von 3½ erreicht wurde. Dieses Ergebnis übertrifft die Erwartungen, die noch vor Jahresfrist vorherrschten, deutlich und liegt somit oberhalb des Spektrums der Wachstumsannahmen, das vom IAB der letzten Alternativrechnung zur Entwicklung 1989 zugrunde gelegt worden war.

Übersicht 1: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials ab 1987

		1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Jährliche Veränderung in 1000								
1	<b>1. Deutsche</b>	<b>89</b>	<b>83</b>	<b>118</b>	<b>307</b>	<b>130</b>	<b>103</b>	<b>78</b>
2	1.1 Vorgabe Langfristprojektion							
3	Demographische Komponente	53	6	-35	-96	-121	-131	-162
4	Verhaltenskomponente, mittlere Variante	46	60	51	74	80	81	83
5	Summe, mittlere Variante	99	66	16	-22	-41	-50	-79
6	(Zum Vergleich: Summe obere Variante)	( 131)	( 101)	( 56)	( 21)	( 3)	( 0)	( -27)
7	1.2 Aus Zuzügen von Aus- und Übersiedlern 1)	38	62	160	359	211	193	192
8	1.3 Sonstiges 2)	-48	-45	-58	-30	-40	-40	-35
9	<b>2. Ausländer</b>	<b>97</b>	<b>125</b>	<b>160</b>	<b>150</b>	<b>105</b>	<b>98</b>	<b>108</b>
10	2.1 Demographische Komponente ohne Wanderungen (Langfristprojektion)	47	44	46	45	40	36	36
11	2.2 Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuwanderungen 3)	15	41	94	75	40	40	40
12	2.3 Aus Asylzuwanderungen 4)	35	40	32	30	25	22	32
13	2.4 Sonstiges	0	0	-12	0	0	0	0
14	<b>3. Deutsche und Ausländer</b>	<b>186</b>	<b>208</b>	<b>278</b>	<b>457</b>	<b>235</b>	<b>201</b>	<b>186</b>
Jahressummen, -salden bzw. -durchschnitte in 1000								
14	Nachrichtlich:	Aussiedler 5)	78	203	377	300	300	300
15		Übersiedler aus der DDR 5)	19	40	344	60	60	60
16		Wanderungssaldo Deutsche 5)	77	192	671	310	310	310
17	Annahmen für die laufenden Jahre	Vollzeit - FuU 6)	187	199	194	200	175	175
18		Deutschkurse 6)	11	32	86	93	81	81
19		Wanderungssaldo Ausländer ohne Asylzuwanderungen 5)	82	187	150	80	80	80
20		Asylzuwanderungen 5)	57	103	121	75	50	50

- 1) Abgeleitet aus den monatlichen Zuzugszahlen unter Berücksichtigung u. a. des Zeitverzugs, der durch die Beteiligung an Bildungsmaßnahmen (auch Deutschlehrgänge für Aussiedler) entsteht.
- 2) Unter anderem Wirkung sonstiger Wanderungseffekte und der veränderten Bildungsbeteiligung im AFG-Bereich.
- 3) Potentialwirksam (50%) im Folgejahr.
- 4) Potentialwirksam (50%) bis 1986 zu gleichen Teilen in den beiden Folgejahren, ab 1987 zu gleichen Teilen im 1. und im 5. Folgejahr.
- 5) Bevölkerung, nicht Erwerbspersonen, vgl. Bundesrats-Drucksache 330/89 vom 9. 6. 89 (Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Eingliederungsleistungen für Aussiedler und Übersiedler).
- 6) Jahresdurchschnitte.

Quelle: IAB.

Infolge des relativ hohen Wachstumstempos ist die *Arbeitsproduktivität* (je geleisteter Stunde) kräftig angestiegen. Die weitere Verkürzung der *Arbeitszeit* hat hierzu etwas beigetragen. Auch die lebhafte Investitionstätigkeit dürfte das Produktivitätswachstum gefördert haben. Bei einem Anstieg der Stundenproduktivität um rd. 3% hat das effektive Arbeitsvolumen um ½% zugenommen.

Bei rund 10 Mio. Arbeitnehmern (u. a. Metall-, Druck-, Textilindustrie, Chemische Industrie, Öffentlicher Dienst) traten (weitere) *Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit* in Kraft. Die durchschnittliche tarifliche Jahresarbeitszeit ging dadurch im Vergleich zu 1988 um 0,8% zurück (hinzu kommt ein Arbeitstageffekt von - 0,4%). Infolge der anhaltend günstigen Wirtschaftsentwicklung jedoch wird dies durch einen leichten Anstieg der Überstunden (rd. 1,65 Wochenstunden je Arbeitnehmer gegen 1,55 im Vorjahr) und durch einen merklichen Abbau der Kurzarbeiterzahl (rd. 108 000 gegenüber 208 000 im Jahre 1988) teilweise kompensiert. Die Entwicklung der Teilzeitquote (+ 0,3%-Punkte) dürfte etwas beschleunigt im Trend der letzten Jahre liegen.

Insgesamt nahm im *Jahr 1989* die effektive Jahresarbeitszeit aller Beschäftigten um 1% (gegenüber dem Vorjahr) ab (vgl. Tabelle 2).

Die Zahl der *Erwerbstätigen* stieg im saisonbereinigten Verlauf 1989 fast stetig an, von Januar bis Oktober um durchschnittlich fast 30 000 pro Monat. Ende des Jahres dürfte die Erwerbstätigenzahl mehr als 370000 (+1,4%) über dem Vorjahreswert gelegen haben. Im Jahresdurchschnitt wurde ein Zuwachs von + 345 000 (1,3%) erreicht.

### 2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Bei der beschriebenen Konstellation von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt ist im Jahresdurchschnitt 1989 die *Arbeitslosenzahl* nach jahrelanger Stagnation erstmals wieder deutlich zurückgegangen (um rd. 200 000 auf 2,038 Mio.). Vor allem aus *konjunkturellen* Gründen sind vermehrt Arbeitslose in Arbeit abgegangen und waren weniger Zugänge aus Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit zu

verzeichnen. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen (unter 20 Jahren) hat – aus demographischen und konjunkturellen Gründen besonders kräftig abgenommen.

*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen* nach dem AFG-Kurzarbeitergeld, Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung (FuU) – sowie die von der BA mitfinanzierten Fälle der Vorruhestandsregelungen haben auch 1989 die Arbeitslosigkeit entlastet. Diese Entlastung in Höhe von 373 000 Personen(jahren) ist allerdings deutlich hinter 1988 (424 000) zurückgeblieben, und zwar v. a. infolge von konjunkturbedingt weniger Kurzarbeit sowie weniger Teilnehmern an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung aufgrund von Leistungseinschränkungen (Übersicht 2).

Im *Verlauf des Jahres* wurde der Rückgang der Arbeitslosigkeit stark gebremst durch den aktuellen Zustrom von Arbeitskräften, zuletzt vor allem aus der DDR.

Daneben wurde die Entwicklung der Arbeitslosigkeit auch durch *Sonderfaktoren* beeinflusst. So dürfte die gesetzliche Neuregelung des § 15 Abs. 2 AFG, nach der Arbeitsgesuche von Nichtleistungsempfängern zunächst nur für eine Zeit von drei Monaten geführt werden, teilweise *Verschiebungen zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve* bewirkt haben. Wohl im Zusammenhang damit hat sich die Stille Reserve bei den *Deutschen* im Jahre 1989 nicht weiter verringert, nachdem sie in den Jahren 1987 und 1988 deutlich zurückgegangen war.

Allerdings dürften mit dieser Neuregelung und im Zusammenhang mit der zunehmenden Umstellung der Bewerberdateien in den Arbeitsämtern auf elektronische Medien („computerunterstützte Arbeitsvermittlung“, coArb) auch *Karteibereinigungseffekte* verbunden sein, die im Rahmen der vorliegenden Arbeitsmarktbilanz nicht als Verschiebung zur Stillen Reserve, sondern als *Potentialabschlag* zu interpretieren sind (s. u.).

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1989 dürfte weiterhin als Sonderfaktor gewirkt haben, daß seit Anfang dieses Jahres *arbeitsverlaufsrechtliche Ausländer*

Übersicht 2: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit 1986 bis 1990

Maßnahmearart	Inanspruchnahme					Beschäftigungsäquivalent					Entlastung der Arbeitslosenzahl				
	1986	1987	1988	1989	1990*)	1986	1987	1988	1989	1990	1986	1987	1988	1989	1990
	Jahresdurchschnitte in 1000														
Kurzarbeit 1)	197	278	208	108	125	75	97	70	35	40	53	68	49	25	28
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) 2)	102	115	115	97	100	142	161	161	136	140	129	146	146	124	127
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) 3)	154	187	199	194	200	154	187	199	194	200	143	172	181	174	180
Vorruhestandsgeld 4)	30	40	48	50	35	30	40	48	50	35	30	40	48	50	35
<b>Zusammen</b>	<b>483</b>	<b>620</b>	<b>570</b>	<b>449</b>	<b>460</b>	<b>401</b>	<b>485</b>	<b>478</b>	<b>415</b>	<b>415</b>	<b>355</b>	<b>426</b>	<b>424</b>	<b>373</b>	<b>370</b>

\*) 1989 Schätzung; 1990 Haushaltsansatz der BA, Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen FuU geschätzt.

1) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Flechsenhar, H.-R., Kurzarbeit – Strukturen und Beschäftigungswirkungen, in: MittAB 3/1979.

2) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Spitznagel, E., Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM): Beschäftigungswirkung, Zielgruppenorientierung und gesamtfiskalischer Kostenvergleich, in: BeitrAB 70.

3) Fortbildung und Umschulung ohne Einarbeitung, einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (Paragraph 41 a AFG).

4) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (Jahresdurchschnitte).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des IAB.

vor einer erstmaligen Beschäftigung im Bundesgebiet im Falle der Arbeitsuche *nicht mehr* statistisch als *Arbeitslose gezählt* werden, auch wenn sie beim Arbeitsamt gemeldet sind. Sie werden in diesem Falle als „nichtarbeitslose Arbeitsuchende“ geführt und im Rahmen der Arbeitsmarktbilanz als Stille Reserve gezählt.

Diese Sondereinflüsse – bei Deutschen wie bei Ausländern – sind derzeit allerdings *kaum quantifizierbar*. Der Versuch, sie über die unterschiedliche Entwicklung bei Leistungsempfängern und Nichtleistungsempfängern nach dem AFG abzuschätzen, muß unvollkommen bleiben: Obwohl bei der vorliegenden konjunkturellen Situation Leistungsempfänger (mit im Durchschnitt kürzerer Dauer der Arbeitslosigkeit und geringeren Anteilen von Arbeitslosen mit vermittlungshemmenden Merkmalen) begünstigt sind, ging im Laufe des Jahres 1989 die Zahl der Nichtleistungsempfänger deutlich stärker zurück als die Zahl der Leistungsempfänger. Der Unterschied in der Entwicklung dürfte mit den aufgeführten Sonderfaktoren, die sich vor allem auf Nichtleistungsempfänger auswirken, zusammenhängen. Zu beachten sind allerdings auch Strukturveränderungen wie ein jetzt geringerer Anteil von Jugendlichen und ein höherer Anteil von Frauen; beides könnte mit zu einem stärkeren Rückgang bei Nichtleistungsbeziehern beigetragen haben. Ein höherer Anteil von Aus- und Übersiedlern, die überwiegend Leistungsansprüche nach dem AFG haben, dürfte gegenläufig wirken, so daß von dieser Entwicklung her definitive Aussagen über quantitative Effekte der Sondereinflüsse nicht möglich sind. Ob weitere Datenquellen (Zusatzinformationen, die im Rahmen der letzten Strukturhebung bei Arbeitslosen erfragt wurden, sowie Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von Vermittlern, die im Herbst 1988 von *Infratest* durchgeführt wurde) hier zu empirisch abgesicherten Quantifizierungen führen, bleibt abzuwarten.

Um diesen Gesichtspunkten im Rahmen der vorliegenden Arbeitsmarktbilanz trotzdem Rechnung zu tragen und eine Überhöhung des Erwerbspersonenpotentials zu vermeiden, wurde ein *Potentialabschlag von rd. 50 000 Personen* eingearbeitet, der sich, wie gesagt, *nicht* auf zusätzlich zu erwartende Verschiebungen zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve bezieht, sondern nur (mit allen Vorbehalten) einen Teileffekt der aufgeführten Sonderfaktoren einfangen soll.

Trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit nahm 1989 die *Stille Reserve* zu, und zwar auch bei Deutschen. Hierbei dürften die bereits erwähnten Sonderfaktoren eine Rolle spielen. Bei Ausländern fällt der Zuwachs der Stillen Reserve so kräftig aus (rd. + 120 000 Personen, gegenüber + 20 000 Personen bei Deutschen), daß die Frage nach den hier wirkenden besonderen Gründen gestellt werden muß, wie auch die Frage nach möglicherweise bestehenden *methodischen Problemen*.

Ein stärkerer Anstieg der Stillen Reserve bei Ausländern auch in den Vorjahren (anders als bei Deutschen) erscheint zunächst durchaus plausibel. Selektionsmechanismen am Arbeitsmarkt und geltende rechtliche Regelungen gehen zu ihren Lasten. Viele hier lebende Ausländer haben zwar rechtlich die *Möglichkeit* einer Arbeitsaufnahme (nur dann zählen sie zum Erwerbspersonenpotential), es fehlt aber -

wegen der Nachrangigkeit gegenüber Deutschen und Gleichgestellten – der geeignete Arbeitsplatz und damit die Grundlage für die Erteilung der Arbeitserlaubnis. Für den Arbeitsmarkt sind sie (im Falle der Arbeitsuche) gleichwohl verfügbar.

Andererseits wurde schon mehrfach auf die besonderen methodischen Probleme der Potentialberechnung bei Ausländern hingewiesen (Stichprobenfehler des Mikrozensus bei Ausländern, Umschichtungen der ausländischen Bevölkerung durch Zu- und Abwanderungen, fehlende aktuelle Informationen über die Struktur der Wanderungen). Durchaus im Zusammenhang mit diesen Problemlagen ist *vor allem bei Ausländern eine erhebliche Revision der Erwerbsquotenreihen* zu erwarten (insgesamt ein Niveauanstieg von über 10%-Punkte der Erwerbsbeteiligung von Ausländern im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987, die bei Ausländern zugleich eine *geringere* Bevölkerungszahl und eine *höhere* Erwerbstätigenzahl ausweist). Dies führt zu der Notwendigkeit einer grundlegenden Neuberechnung des ausländischen Erwerbspersonenpotentials. Dabei sollen auch die methodischen Grundlagen des Anstiegs der Stillen Reserve bei Ausländern in den letzten Jahren überprüft werden.

In der Arbeitsmarktbilanz werden deshalb bei den Ausländern vorläufig *nur Veränderungen des Potentials und der Stillen Reserve ab 1987*, nicht deren absolute Höhe ausgewiesen.

### 3. Zur voraussichtlichen Arbeitsmarktentwicklung 1990

#### 3.1 Das Arbeitskräfteangebot

##### *Nochmals verstärkter Anstieg des Arbeitskräfteangebots*

Im Jahre 1990 wird das Angebot an Arbeitskräften mit + 450 000 Personen stärker ansteigen als jemals zuvor in den 70er und 80er Jahren (auch seit 1960, dem Beginn der Potentialrechnung des IAB).

Zwar führen Verschiebungen in der Alterspyramide (u. a. bedingt durch die nachrückenden geburtenschwachen Jahrgänge) zu einem deutlichen Rückgang des *deutschen* Erwerbspersonenpotentials um rd. 100 000 Personen. Dies wird aber durch die Summe der Zuwächse infolge höherer Erwerbsbeteiligung und – mehr noch – der Netto-Zuwanderungen überkompensiert.<sup>2)</sup> Allein wenn – Annahmen der Bundesregierung von Mitte des Jahres 1989 folgend - von lediglich 300 000 neuen Aussiedlern und 60 000 neuen Übersiedlern aus der DDR im Jahre 1990 ausgegangen wird, errechnet sich für Aus- und Übersiedler im Jahre 1990 ein zusätzliches Erwerbspersonenpotential von knapp 360 000 Personen, vor allem weil die „Explosion“ der Zuwanderung von Deutschen im Herbst 1989 erst im Jahre 1990 voll zum Tragen kommt. Einzelheiten hierzu sind dem Teilbeitrag über die *Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Aus- und Übersiedler zu entnehmen*.

Insgesamt steigt das *deutsche* Erwerbspersonenpotential im Jahre 1990 um gut 300 000 Personen an, weil sich Teile der Potentialveränderungen saldieren (Übersicht 1). Diese Zahl ist nach oben zu revidieren, wenn die Zuwanderungen – entgegen den hier getroffenen Annahmen – im gegenwärtigen Umfang weitergehen: Bei einer Erwerbsbeteiligung von rd. zwei Drittel und gleichmäßiger Verteilung der Zuwanderungen über das Jahr bedeuten z.B. – für den *Jahresdurchschnitt* des laufenden Jahres – 300 000 zusätzli-

<sup>2)</sup> IAB-Kurzbericht VII/2 vom 11. 10. 89: „Zur aktuellen Entwicklung des Arbeitskräftepotentials“



che Übersiedler lediglich 100000 zusätzliche Erwerbspersonen. Allerdings verstärkt sich der Angebotsdruck dann im *Verlaufe* des Jahres, und weitere 100000 werden zusätzlich in die Arbeitsmarktbilanz des Folgejahres (1991) eingehen.

Der Potentialanstieg, der von in der Bundesrepublik lebenden *Ausländern* herrührt, dürfte im Jahre 1990 rd. 150 000 Personen betragen. Etwa ein Drittel hiervon beruht auf dem internen, demographisch bedingten Zuwachs (Hineinwachsen ausländischer Kinder und Jugendlicher in das erwerbsfähige Alter u. a.), rd. zwei Drittel gehen auf die Wanderungsüberschüsse der Vorjahre zurück.

### 3.2 Zur Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften

Aus heutiger Sicht ist zu erwarten, daß die günstige konjunkturelle Entwicklung bis ins Jahr 1990 hinein trägt. Der Sachverständigenrat rechnet in seinem jüngsten Jahresgutachten mit einer nur leichten Wachstumsverlangsamung (auf 3%), ebenso die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose. Diese Annahme liegt der Variante I unserer Alternativrechnung zugrunde (vgl. Übersicht 3). Für den Fall, daß die Entwicklung günstiger verläuft, haben wir alternativ eine Variante II mit 4% angefügt. Hierfür spricht aus heutiger Sicht mehr als für eine deutliche konjunkturelle Abschwächung (z. B. auf 2% Realwachstum), weil zu erwarten ist, daß von den Zuwanderungen direkt und/oder indirekt Nachfrageimpulse ausgelöst werden, die – sofern sie nicht zu Lasten anderer Nachfragekomponenten gehen – das Wirtschaftswachstum fördern dürften. Vereinzelt werden aber auch Stimmen

laut, die vor dem Risiko einer durch die Geldpolitik verzögert ausgelösten Konjunkturdämpfung warnen.

Unter den Annahmen der *Variante I* würde das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen 1990 leicht zunehmen. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität steigt um 3%. Diese Entwicklung wird auch gestützt durch die Auswirkungen der starken Investitionstätigkeit und durch die kräftige Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit (- 1,1%), die ja erfahrungsgemäß teilweise produktivitätswirksam ist.

Für das *Jahr 1990* sind tarifvertraglich für rund 6 Mio. Arbeitnehmer (weitere) Wochenarbeitszeitverkürzungen vereinbart (Privates Versicherungs- und Verkehrsgewerbe, Baugewerbe, Industrie der Steine und Erden, Kunststoffverarbeitende Industrie, Papiererzeugung, Holzverarbeitung, KFZ-Gewerbe, öffentlicher Dienst). Die tarifliche Jahresarbeitszeit wird allein dadurch um - 0,7% (gegenüber 1989) abnehmen. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß für weitere gut 5 Mio. Beschäftigte die Vereinbarungen über die Wochenarbeitszeiten zur Verhandlung anstehen (Metall-, Druckindustrie).

Bei einem heute mehrheitlich angenommenen Wirtschaftswachstum von real + 3% (Variante I) dürften die konjunkturellen Komponenten der Jahresarbeitszeit (Kurzarbeit, Überstunden) etwa unverändert bleiben. Aufgrund eines weiteren Anstiegs der Teilzeitquote (+ 0,3%-Punkte gegenüber 1989) und einer Verringerung der Arbeitstage (im Durchschnitt aller Bundesländer - 0,7 Tage oder - 0,3%) wird die effektive Jahresarbeitszeit aller Erwerbstätigen mindestens um - 1,1% abnehmen. Wächst das Bruttoinlandsprodukt stärker – um 4%, Variante II -, dann

Übersicht 3: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktbilanz 1990

	Bruttoinlandsprodukt (real)	Stundenproduktivität	Arbeitsvolumen	Tägl. Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Arbeits-tage-effekt	Jährl. Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Erwerbstätige			Erwerbspersonen-potential			Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve		
							Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -																		
1987	+ 1.8	+ 1.7	+ 0.1	- 1.1	+ 0.4	- 0.7	+ 0.8	+ 0.8	+ 0.8	.	+ 0.3	.	+ 0.0	- 0.7	+ 5.6	.	- 8.4	.
1988	+ 3.7	+ 2.9	+ 0.8	- 0.3	+ 0.4	+ 0.1	+ 0.6	+ 0.5	+ 2.2	.	+ 0.3	.	+ 0.6	+ 0.3	+ 3.1	.	- 5.2	.
1989	+ 3 1/2	+ 3	+ 0.3	- 0.6	- 0.4	- 1.0	+ 1.3	+ 1.0	+ 4.1	.	+ 0.4	.	- 9.1	- 8.5	- 13.7	.	+ 2.0	.
1990 Varianten																		
I	+ 3	+ 3	+ 0.2	- 0.8	- 0.3	- 1.1	+ 1.3	+ 1.2	+ 2.5	.	+ 1.1	.	0.0	+ 0.6	- 4.3	.	- 0.5	.
II	+ 4	+ 3 1/2	+ 0.7	- 0.6	- 0.3	- 0.9	+ 1.6	+ 1.4	+ 3.4	.	+ 1.1	.	- 2.5	- 1.9	- 6.4	.	- 2.0	.
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 -																		
1987							+ 210	+ 194	+ 16	+ 184	+ 87	+ 97	+ 1	- 13	+ 14	- 27	- 94	+ 67
1988							+ 171	+ 129	+ 42	+ 205	+ 80	+ 125	+ 13	+ 5	+ 8	+ 21	- 54	+ 75
1989							+ 345	+ 265	+ 80	+ 278	+ 118	+ 160	- 204	- 167	- 37	+ 137	+ 20	+ 117
1990 Varianten																		
I							+ 350	+ 300	+ 50	+ 455	+ 305 <sup>1)</sup>	+ 150	0	+ 10 <sup>1)</sup>	- 10	+ 105	- 5	+ 110
II							+ 430	+ 360	+ 70	+ 455	+ 305 <sup>1)</sup>	+ 150	- 50	- 35 <sup>1)</sup>	- 15	+ 75	- 20	+ 95
- Personen in 1000 -																		
1987							27036	25128	1908	.	28126	.	2229	1967	262	.	1031	.
1988							27207	25257	1950	.	28206	.	2242	1972	270	.	977	.
1989							27552	25522	2030	.	28324	.	2038	1805	233	.	997	.
1990 Varianten																		
I							27902	25822	2080	.	28629	.	2038	1815	223	.	992	.
II							27982	25882	2100	.	28629	.	1988	1770	218	.	977	.

1) Annahme: 300 000 Aussiedler und 60 000 Übersiedler aus der DDR (vgl. Übersicht 1) Bei *zusätzlich* 300 000 Übersiedlern ist für den Jahresdurchschnitt 1990 von rd. 100 000 mehr Erwerbspersonen auszugehen. Unter Berücksichtigung von stimulierenden Effekten für Wirtschaftswachstum und Erwerbstätigkeit bedeutet dies für den Jahresdurchschnitt 1990 knapp 50 000 mehr Arbeitslose.

Quelle: IAB.

dürfte die geleistete Jahresarbeitszeit aufgrund entsprechender konjunktureller Reaktionen bei Überstunden und Kurzarbeit nur um - 0,9% zurückgehen.

Unter diesen Annahmen ist mit einem unverminderten Anstieg der *Erwerbstätigenzahl* zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt ist eine Zunahme von 1,3 bis 1,6% (350 000 - 430 000 Personen) zu erwarten.

### 3.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Verläuft die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1990 so, wie in den beiden Wachstumsvarianten (+ 3% bzw. + 4% reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts) angenommen, so ist allenfalls mit einem geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit (bis zu - 50 000 Personen) auf knapp 2 Mio. Arbeitslose zu rechnen. Den dann zu erwartenden kräftigen Erwerbstätigenzuwächsen stehen außerordentlich hohe Zuwächse des Erwerbspersonenpotentials gegenüber. *Risiken* liegen zudem in den sehr moderaten Annahmen über weitere Nettozuwanderungen von Aus- und Übersiedlern im Jahre 1990 (die dann nur zum Teil bereits im Jahr des Zuzugs wirksam werden). Andererseits wurden Effekte der ab Januar 1990 geltenden Neuregelung noch nicht berücksichtigt, derzufolge Aus- und Übersiedler in den ersten zwei Monaten nach Anreise dem Arbeitsmarkt noch nicht zur Verfügung stehen müssen (sie werden in dieser Zeit dann auch nicht als Arbeitslose gezählt und gehören nicht zum Erwerbspersonenpotential).

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß zusätzliche Arbeitskräfte - namentlich die gut ausgebildeten jüngeren Erwerbspersonen aus der DDR - den Arbeitsmarkt wie auch die Gesellschaft insgesamt nicht nur belasten. Sicherlich werden sie auch zu einer Stimulierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit auch zu einem stärkeren Anstieg der Erwerbstätigkeit beitragen. In welchen Fristen und in welchem Umfang dies geschieht, ist bislang jedoch nicht abschätzbar. Die aus den Wanderungsbewegungen herrührenden zusätzlichen Arbeitsmarktrisiken werden zumindest teilweise durch solche Wachstumschancen kompensiert, ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit auch im kommenden Jahr wird dadurch aber kaum wahrscheinlicher.

<sup>3)</sup> IAB-Kurzbericht VII/1-tn vom 15. 12. 1987: „Strukturelle Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials bis 2000“

Von der Arbeitsmarktpolitik kommen 1990 zwar voraussichtlich insgesamt nicht mehr Entlastungswirkungen als im Vorjahr, doch ist v. a. im Hinblick auf den Qualifizierungsbedarf und die Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose erfreulich, daß bei den Maßnahmen zur beruflichen Bildung und bei ABM die gegenwärtigen Haushaltsplanungen für 1990 einen leichten Wiederanstieg der Teilnehmerzahlen erwarten lassen. Das Entlastungsvolumen insgesamt wird auf 370 000 Personenjahre geschätzt.

### 4. Ausblick auf die kommenden Jahre

#### *Potentialdruck bis weit in die 90er Jahre*

Auch in den 90er Jahren ist nunmehr mit einem deutlichen Anstieg des *Erwerbspersonenpotentials* zu rechnen. Finden weiterhin Zuwanderungen (Aussiedler, Übersiedler, Asylbewerber, Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer usw.) im jetzt erreichten Umfang statt oder verstärken sie sich gar (z. B. auch im Zusammenhang mit der Süderweiterung der EG und den Bestrebungen um ein „Europa 1992“ ohne Markthemmnisse, oder auch mit weiteren politischen Veränderungen in Europa), dürften die ab 1990 beim Erwerbspersonenpotential ansonsten erwartbaren Rückgänge über viele Jahre überkompensiert werden.

Auch bei sehr moderaten Wanderungsannahmen für den Beginn der 90er Jahre - pro Jahr 300 000 Aussiedler, 60 000 Übersiedler, 50 000 Asylzuwanderungen und per Saldo 80 000 sonstige Zuzüge von Ausländern - errechnen sich weitere jährliche Potentialzuwächse in der Größenordnung von 200 000 Personen, allerdings mit leicht abnehmender Tendenz infolge der demographischen Entwicklung bei der deutschen Bevölkerung (vgl. Übersicht 1).

*Wanderungsbewegungen* lassen sich naturgemäß nicht exakt vorausschätzen. Bei der jetzigen Struktur der Wanderungen werden diese in hohem Maße auch durch politische Faktoren beeinflusst. Auch sind die Entwicklungslinien des *Erwerbsverhaltens* nicht mit Sicherheit abzuschätzen. Möglich ist aber auch eine anhaltend stärkere Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen, möglicherweise oberhalb der hier unterstellten mittleren Projektionsvariante.<sup>3)</sup> Bei allen Projektionsrisiken ist damit zumindest bis Mitte der 90er Jahre von einem erheblichen und allenfalls langsam abnehmenden Potentialdruck auszugehen.

# Der Potential-Effekt der Zuwanderungen – Eine Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Aus- und Übersiedler

*Lutz Reyher, Hans-Uwe Bach*

Im Jahre 1989 sind per Saldo mehr als 900 000 Menschen in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert. Das sind 1,5% der Bevölkerung. Die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung steht damit vor der weiteren Aufgabe, die Integration und die dabei entstehenden Eingliederungsprobleme dieser Menschen zu untersuchen. Ein erster Schritt auf diesem Wege kann mit der Arbeitskräfte-Gesamtrechnung (AGR) getan werden. Sie verknüpft vorliegende Informationen über Bestände und Bewegungen und vermittelt so zunächst ein stimmiges Bild davon, zu welcher Zeit und

nach welchen Zwischenschritten wieviele dieser Eingewanderten auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten.

Allerdings gelingt dies nicht vollständig, da z. T. wesentliche statistische Informationen hierüber fehlen. Über den letztlich wichtigen Schritt, die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, gibt die Statistik zum Beispiel nur Auskunft, insoweit es sich dabei um Vermittlungen durch die Arbeitsämter gehandelt hat. Wieviel Einwanderer sich daneben selbst Arbeit gesucht haben, läßt sich nur schätzen, weil z. B.

auch im Rahmen der Beschäftigtenstatistik das (zumindest in seinem zeitlichen Bezug) nicht leicht faßbare Merkmal „Aussiedler“ bislang nicht enthalten ist. Das geschlossene System der AGR hilft dabei, Schätzfehler in relativ engen Grenzen zu halten.

Nachfolgend wird ein solches quantitatives Ablaufbild für die Aus- und Übersiedler in den letzten Jahren mit einer Projektion auch für 1990 gezeigt. Ausgangspunkt sind die tatsächlichen Zuwanderungen in ihrer zeitlichen Verteilung (nach Monaten) und hinsichtlich ihrer Struktur nach Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen. Exakt belegt sind die Daten über Zugänge, Bestände und Teilnahmedauer in Deutschlehrgängen und Fortbildungsmaßnahmen (FuU) sowie die jeweilige Bestandszahl an Arbeitslosen. Nicht bekannt ist, wie schon angedeutet, die Zahl derer, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (Zugang in Erwerbstätigkeit) und ausüben (Bestand an Erwerbstätigen). Das jeweilige Konto „Sonstige Erwerbspersonen“ umfaßt neben den Erwerbstätigen auch die nichtregistrierten Erwerbslosen (Stille Reserve) unter den Aus- und Übersiedlern. Für diese Personengruppen gibt es, wie gesagt, auch keine Bestandszahlen, doch läßt sich aus dem gesamten Rechenwerk ableiten, wieviele Personen jeweils im Jahresdurchschnitt diese Statusart erreicht haben und wieviel mehr es jeweils waren oder sein werden als im vorangehenden Jahr.

Diese Spezial-AGR ist darüber hinaus einer Beschränkung unterworfen durch die bestehende Konvention, Aus- und Übersiedler statistisch nicht länger als fünf Jahre identifizierbar zu halten. Nach Ablauf von fünf Jahren verlieren sie automatisch in den Arbeitsmarktstatistiken diese Eigenschaft, werden also „normale“ Erwerbspersonen.

In welchem Umfang solche Statusänderungen eine Rolle spielen, ist nicht bekannt; diese Zahl wird nicht erhoben. Gegenwärtig dürfte diese Zahl, die in den Zugängen aus Arbeitslosigkeit in der Gruppe der „Sonstigen Erwerbspersonen“ enthalten ist, relativ gering sein: Zur Mitte der 80er Jahre – um diese „Jahrgänge“ geht es ja jetzt hierbei – lagen die Zahlen der zugewanderten Aus- und Übersiedler noch wesentlich unterhalb derjenigen von 1989 (Größenordnung 60-80 000).

Zunächst zu den *Aussiedlern*. Das Schaubild 2 zeigt auf, wie sich die im Jahre 1989 zugewanderten 377 000 Aussiedler auf die einzelnen „Konten“ verteilten und welche Bewegungen zwischen diesen Statusarten stattfanden. Über 150 000 Personen sind in diesem Jahr in Deutschlehrgänge eingemündet, gut 100 000 haben sie absolviert (durchschnittliche Teilnahmedauer: acht Monate). Der Bestand in den Deutschlehrgängen hat sich entsprechend von 61 000 Personen am Jahresanfang auf 107 000 Personen am Ende des Jahres 1989 erhöht. Ein Anstieg ist auch bei den Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung zu verzeichnen, allerdings bei wesentlich geringerer Größenordnung. Der Bestand an registrierten Arbeitslosen ist von 90 000 Personen zu Jahresbeginn auf 131 000 Personen am Jahresende angewachsen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit dürfte bei dieser Personengruppe allerdings kurz sein. Schließlich haben *im Laufe dieses Jahres* (maximal) knapp 90 000 Personen dieser Gruppe eine Erwerbstätigkeit aufgenommen (zu der Unschärfe dieser Zahl vgl. die obigen Erläuterungen).

Übersicht 4 zeigt im Überblick für einige Jahre, wie sich die Zuwanderungen der Aussiedler in den einzelnen Konten des Arbeitsmarktes niedergeschlagen haben bzw. welche

**Übersicht 4: Zur Entwicklung der Zahl der Aussiedler 1987 – 1990**

	1987	1988	1989	1990
<b>Zuwanderungen (1000)</b>				
Insgesamt	78,2	202,8	377,1	300,0
Erwerbspersonen	41,4	104,4	188,5	150,0
Erwerbsquote (%)	53,0	51,5	50,0	50,0
<b>Jahresdurchschnittsbestände (1000)</b>				
Registrierte Arbeitslose	32,8	59,2	99,4	156,2
Deutschlehrgänge	10,8	31,6	86,3	93,4
Fortbildung und Umschulung	4,5	5,1	10,4	24,7
<b>Vorjahresveränderung (Jahresdurchschnittlich in 1000)</b>				
Bevölkerung	+ 54,7	+ 127,8	+ 289,5	+ 359,7
Erwerbspersonenpotential	+ 26,1	+ 45,2	+ 86,5	+ 158,5
Registrierte Arbeitslose	+ 5,6	+ 26,4	+ 40,1	+ 56,8
Sonstige Erwerbspersonen	+ 20,5	+ 18,7	+ 46,3	+ 101,6
Nichterwerbspersonen	+ 28,6	+ 82,6	+ 203,0	+ 201,3
Deutschlehrgänge	+ 2,9	+ 20,8	+ 54,7	+ 7,1
Fortbildung und Umschulung	+ 0,5	+ 0,5	+ 5,4	+ 14,3
Sonst. Nichterwerbspersonen	+ 25,2	+ 61,3	+ 142,9	+ 179,9

Quelle: Bundesausgleichsamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB.

**Übersicht 5: Zur Entwicklung der Zahl der Übersiedler 1987 – 1990**

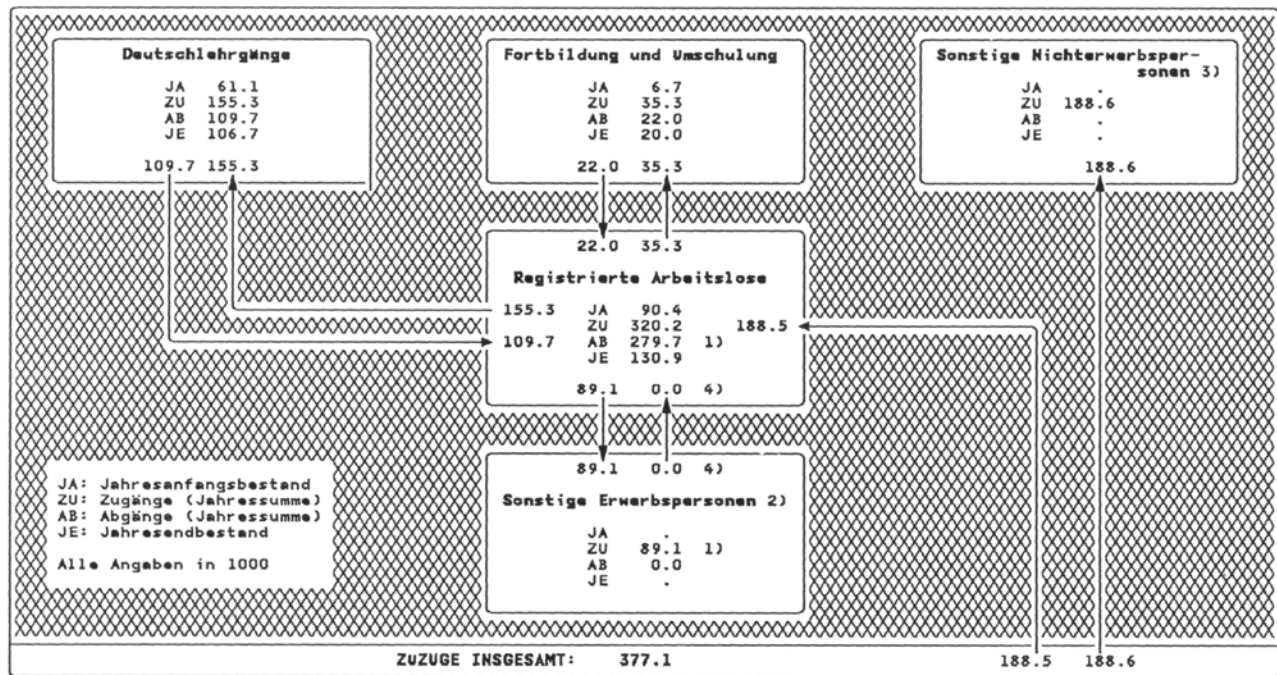
	1987	1988	1989	1990
<b>Zuwanderungen (1000)</b>				
Insgesamt	18,8	39,9	343,8	60,0
Erwerbspersonen	11,0	25,7	240,7	42,0
Erwerbsquote (%)	58,3	64,4	70,0	70,0
<b>Jahresdurchschnittsbestände (1000)</b>				
Registrierte Arbeitslose	6,7	9,7	38,4	31,6
Fortbildung und Umschulung	0,1	0,2	0,7	2,8
<b>Vorjahresveränderung (Jahresdurchschnittlich in 1000)</b>				
Bevölkerung	+ 20,6	+ 26,5	+ 107,9	+ 289,7
Erwerbspersonenpotential	+ 12,1	+ 16,4	+ 73,6	+ 200,7
Registrierte Arbeitslose	- 0,4	+ 3,1	+ 28,7	- 6,8
Sonstige Erwerbspersonen	+ 12,5	+ 13,3	+ 45,0	+ 207,5
Nichterwerbspersonen	+ 8,5	+ 10,1	+ 34,3	+ 89,0
Fortbildung und Umschulung	0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 2,1
Sonst. Nichterwerbspersonen	+ 8,5	+ 10,1	+ 33,7	+ 86,9

Quelle: Bundesausgleichsamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB.

Veränderungen jeweils jahresdurchschnittlich gegenüber dem Vorjahr damit verbunden waren. Die Daten für 1990 sind eine Vorausschätzung unter der Annahme, daß auch im kommenden Jahr 300 000 Aussiedler zuwandern werden und daß Anteil und Dauer der Beteiligung an Deutschlehrgängen und Fortbildungsmaßnahmen unverändert bleiben.

In der Übersicht wird deutlich, mit welchen Verzögerungen und Abstrichen sich die starken Zuwanderungen der letzten Jahre bislang in der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials niedergeschlagen haben. Deutlich wird aber auch, mit welchem Zuwachs insofern im kommenden Jahr zu rechnen ist (+ 160 000 Personen).

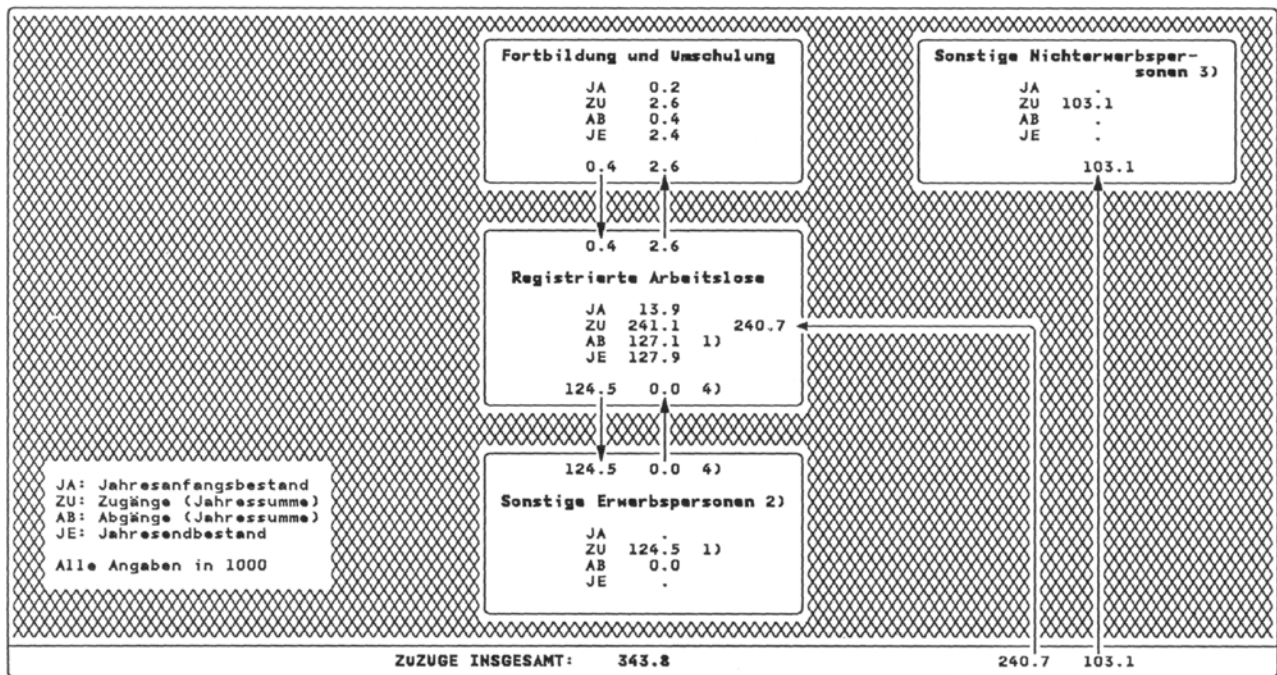
Schaubild 2: Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Aussiedler 1989



1) Enthält auch arbeitslose Aussiedler, die nach fünf Jahren den Aussiedlerstatus verlieren und in „Normalarbeitslosigkeit“ umgebucht werden. – 2) Erwerbstätige, Stille Reserve und Personen nach Fußnote 1). – 3) Abweichend von der AGR: Nichterwerbspersonen abzüglich Deutschlehrgänge und FuU. – 4) Saldo zur Schließung des Arbeitslosen-Kontos. Da die Berechnung monatsweise erfolgt, können bei den hier ausgewiesenen „Jahressummen“ sowohl Zugänge als auch Abgänge auftreten.

Quelle: Bundesausgleichsamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Schaubild 3: Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Übersiedler 1989



1) Enthält auch arbeitslose Übersiedler, die nach fünf Jahren den Übersiedlerstatus verlieren und in „Normalarbeitslosigkeit“ umgebucht werden. – 2) Erwerbstätige, Stille Reserve und Personen nach Fußnote 1). – 3) Abweichend von der AGR: Nichterwerbspersonen abzüglich FuU. – 4) Saldo zur Schließung des Arbeitslosen-Kontos. Da die Berechnung monatsweise erfolgt, können bei den hier ausgewiesenen „Jahressummen“ sowohl Zugänge als auch Abgänge auftreten.

Quelle: Bundesausgleichsamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Schaubild 3 und Übersicht 5 vermitteln ein entsprechendes Bild für die *Zuwanderungen aus der DDR* (Übersiedler) für diese Jahre. Auch hier macht sich die starke Zuwanderung in der zweiten Jahreshälfte 1989 beim Erwerbspersonenpotential erst voll im darauffolgenden Jahr bemerkbar (+ 200 000 Personen). Mit welcher weiteren Entwicklung der Zuwanderungen aus der DDR im Jahre 1990 und danach zu rechnen ist, ist freilich völlig ungewiß. Hier wurde auf die bisherige Schätzung der Bundesregierung (60 000 Personen pro Jahr) zurückgegriffen.

Insgesamt haben im Laufe des Jahres 1989 (maximal) fast 215 000 (89,1 + 124,5) Aus- und Übersiedler eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Umgerechnet auf den Jahresdurchschnitt kommt dies einem Zuwachs von rd. 90 000 (46,3 + 45,0) Erwerbstätigen gegenüber 1988 gleich. Das bedeutet, daß diese Zugewanderten auf der einen Seite durchaus Teil hatten an der Beschäftigungszunahme, daß ihr Anteil an der Gesamtentwicklung in diesem Jahr (+ 345 000 Erwerbstätige) jedoch wesentlich geringer ist, als vielfach angenommen wird.

# Die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahre 1989

Eugen Spitznagel

Trotz der in Vergangenheit und absehbarer Zukunft aufwärts gerichteten Beschäftigungsentwicklung zeigt das nach wie vor hohe Niveau der Arbeitslosigkeit, daß arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf besteht. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Langzeitarbeitslosen.

Zahlreiche Programmvorschläge lassen erkennen, daß sich das Denken und Planen in Beschäftigungs- und Kostenäquivalenten zunehmend durchsetzt. In diesem Zusammenhang sind die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit wichtig, weil sie den Kosten beschäftigungspolitischer Maßnahmen gegenzurechnen sind: Die Ausgaben für Maßnahmen werden größtenteils wieder „hereingespielt“, weil weniger zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden muß und die öffentlichen Haushalte mehr einnehmen. Eine ungleiche Verteilung von Be- und Entlastungen auf die einzelnen Budgets kann allerdings Beschäftigungsinitiativen verhindern, wenn z. B. die jeweiligen Kostenträger per saldo belastet werden.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind vielfältiger Art und belasten als Ausgaben und/oder Mindereinnahmen direkt oder indirekt verschiedene öffentliche Haushalte. Höhe und Struktur dieser Kosten sind unterschiedlich, je nachdem ob es sich um Empfänger von Leistungen – Arbeitslosengeld (Alg), Arbeitslosenhilfe (Alhi) – handelt oder nicht. Deshalb ist eine entsprechend differenzierte Kostenrechnung erforderlich. Es wird dabei von einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen ausgegangen, das die ein-

zelnen Gruppen normalerweise in einem Beschäftigungsverhältnis beziehen würden<sup>1)</sup>. Dieses Einkommen bildet die Berechnungsgrundlage für potentielle Sozialbeiträge und Steuern. Die Mindereinnahmen der Kranken- und Rentenversicherung ergeben sich dann als Saldo aus den potentiellen Einnahmen – aus einem Arbeitsverhältnis – und den tatsächlichen Einnahmen aus Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit im Falle der Arbeitslosigkeit. Analog errechnen sich die Mindereinnahmen bei den indirekten Steuern als Saldo.

Für *Alg-Empfänger* errechnen sich im Durchschnitt 1989 Ausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von rd. 35 400 DM pro Jahr. *Alhi-Empfänger* „kosten“ rd. 31 400 DM und *Arbeitslose ohne Leistungsbezug* rd. 19 400 DM. Auf diese drei Gruppen entfielen 1989 von der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit 41% bzw. 24% bzw. 35%<sup>2)</sup>.

Für die *Arbeitslosen insgesamt* ergeben sich dann im Durchschnitt *gesamtfiskalische Kosten in Höhe von rd. 28 800 DM pro Person und Jahr*. Die Übersicht 6 zeigt die Verteilung auf die einzelnen Kostenarten. Knapp die Hälfte der Gesamtkosten der Arbeitslosigkeit bei den betroffenen öffentlichen Haushalten besteht aus Ausgaben, gut die Hälfte entfällt auf Einnahmenverluste. Der Anteil der Lohnersatzleistungen, die direkt an Arbeitslose gezahlt werden, beträgt rd. 27%.

Der hohe Anteil der Mindereinnahmen ergibt sich aus dem geringeren Steueraufkommen und aus entfallenden Sozialbeiträgen – zum großen Teil von Personen, die weder Alg noch Alhi beziehen, für die deshalb auch keinerlei Zahlungen aus BA- oder Bundesmitteln an die Renten- und Krankenversicherung geleistet werden. Das Minderaufkommen bei direkten und indirekten Steuern ist etwa so groß wie die Beitragsausfälle bei den Sozialhaushalten.

Ein Drittel der Kosten wird von der BA getragen. Der Bundesanteil liegt bei 28%, ein Sechstel entfällt auf die Rentenversicherung, ein Zehntel auf die Länder, der Rest belastet – etwa zu gleichen Teilen – Gemeinden und Krankenversicherung (Übersicht 7)<sup>3)</sup>.

Bei *2,04 Mio. Arbeitslosen* im Jahresdurchschnitt 1987 errechnen sich für die BA, den Bund, die Länder, die Gemeinden, die Kranken- und Rentenversicherungsträger Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von rd. 59 Mrd. DM.

<sup>1)</sup> In einer Statistik der BA werden die Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nach der Höhe des (wöchentlichen) Brutto-Entgelts gegliedert, das bei der Bemessung der Leistung zugrundegelegt wird. Das hieraus errechnete Monats- bzw. Jahresentgelt wird erhöht um Einkommensbestandteile, die zwar normalerweise in einem Arbeitsverhältnis anfallen, bei der Leistungsbemessung aber außer Betracht bleiben. Unterstellt wurden hier folgende Zuschläge: Sonderzahlungen (z. B. 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld) 10%, Überstunden 5%, Überstundenzuschläge 1,5%.

<sup>2)</sup> Hier ist anzumerken, daß die Leistungsempfängerquote beim Zugang größer ist und daß Personen, die (nach § 105 c, AFG) zwar Alg oder Alhi beziehen, dem Arbeitsmarkt aber nicht zur Verfügung stehen, bei der Ermittlung dieser Leistungsempfängerquoten ausgeklammert wurden.

<sup>3)</sup> Bei der Schätzung der durch Arbeitslosigkeit verursachten Sozialhilfeausgaben wurden hilfsweise Ergebnisse einer Untersuchung über den Zusammenhang von Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit zugrundegelegt, die von den Kommunalen Spitzenverbänden in Zusammenarbeit mit dem IAB im Jahr 1985 durchgeführt worden war. Sie kann deshalb nur eingeschränkte Gültigkeit für 1989 beanspruchen. Aktuelle Informationen sind von einer Nachfolgeerhebung zu erwarten, die derzeit ausgewertet wird.

Übersicht 6: Kosten der Arbeitslosigkeit 1989

Kostenart	Für Empfänger von		Für Arbeitslose ohne Leistungsbezug	Für Arbeitslose im Durchschnitt	Für 2,04 Mio. Arbeitslose	
	Arbeitslosengeld (Alg)	Arbeitslosenhilfe (Alhi)			Mrd. DM	%
- DM pro Person und Jahr -						
<b>Mehrausgaben</b>	20 170	17 578	2 794	13 437	27.3	46.7
- Alg bzw. Alhi	13 090	10 448	.	7 854	16.0	27.3
- Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose	2 499	1 968	.	1 493	3.0	5.2
- Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslose	4 193	4 125	.	2 701	5.5	9.4
- Sozialhilfe und Wohngeld	388	1 037	2 794	1 389	2.8	4.8
<b>Mindereinnahmen</b>	15 217	13 786	16 567	15 352	31.4	53.3
- Rentenversicherung (Saldo)	4 439	4 464	4 993	4 640	9.5	16.1
- Krankenversicherung (Saldo)	667	382	3 498	1 596	3.3	5.5
- Bundesanstalt für Arbeit	1 595	1 479	1 148	1 410	2.9	4.9
- Einkommensteuer	7 049	5 848	4 806	5 974	12.2	20.8
- Indirekte Steuern	1 467	1 613	2 122	1 732	3.5	6.0
<b>Mehrausgaben und Mindereinnahmen</b>	<b>35 388</b>	<b>31 365</b>	<b>19 361</b>	<b>28 789</b>	<b>58.7</b>	<b>100</b>

Quelle: Berechnungen des IAB.

In der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist allerdings ein Sockel friktioneller und struktureller Arbeitslosigkeit enthalten. Seine Höhe ist schwer abzuschätzen. Zwar verursacht auch dieser Sockel Ausgaben und Einnahmenverluste, doch sind diese volkswirtschaftlich und wirtschaftspolitisch anders zu bewerten, als Kosten, die auf zu geringe ökonomische Aktivität oder unterlassene beschäftigungspolitische Maßnahmen zurückzuführen sind.

Andererseits sind bei dieser Schätzung nicht berücksichtigt: Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte aus potentiell (Mehr-)Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Arbeitseinkommen von Personen in der Stillen Reserve (z. B. Steuern und Sozialbeiträge) sowie Kosten, die sich aus psycho-sozialen und gesundheitlichen Belastungen und aus Verlusten an beruflicher Qualifikation infolge von Arbeitslosigkeit ergeben können.

Übersicht 7: Institutionelle Verteilung der Kosten der Arbeitslosigkeit 1989

Kostenträger	Je Arbeitslosen und Jahr	Für 2,04 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1989	
	- DM -	- Mrd. DM -	- % -
Bundesanstalt für Arbeit	9 521	19,42	33,1
Bund	7 945	16,21	27,6
Länder	3 072	6,27	10,7
Gemeinden	2 015	4,11	7,0
Rentenversicherung	4 640	9,47	16,1
Krankenversicherung	1 596	3,26	5,5
<b>Insgesamt</b>	<b>28 789</b>	<b>58,73</b>	<b>100</b>

Quelle: Berechnungen des IAB



# Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen

*Christian Brinkmann, Hans Kohler*

## **Gliederung:**

1. Vorbemerkung
2. Zur Abgrenzung von Teilzeitarbeit
3. Entwicklungstendenzen
4. Wirtschaftszweigstruktur und Konjunkturereagibilität
5. Arbeitnehmerpräferenzen und Realisierungschancen
6. Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens von Männern und Frauen

## **1. Vorbemerkung**

Angesichts der nach wie vor hohen Unterbeschäftigung kommt der – beschäftigungspolitisch beeinflussbaren – Arbeitszeitentwicklung große Bedeutung zu, und zwar in allen ihren Komponenten. In den 70er und 80er Jahren hat es vor allem deutliche, den Arbeitsmarkt entlastende Rückgänge der tariflichen Jahresarbeitszeit gegeben, auch wurde im längerfristigen Trend ein beachtlicher Abbau von Überstunden erreicht. Darüber hinaus spielte die Ausweitung von Teilzeitarbeit eine Rolle (vgl. Tabelle 2 im Anhang und Übersicht 14). Teilzeitarbeit hat für die Erwerbsbeteiligung von Frauen unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einen besonderen

Stellenwert, sie wird zunehmend unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert und öffentlich gefördert, aber vor allem auch im Hinblick auf arbeits- und sozialrechtliche Aspekte problematisiert<sup>1)</sup>.

Ohne an dieser Stelle auf alle Einzelheiten der Diskussion eingehen zu können, sollen im folgenden die für die Erwerbchancen von Frauen und die beschäftigungspolitische Diskussion wesentlichen Entwicklungstendenzen – z. T. auch nach Wirtschaftszweigen – sowie einige Strukturen und Präferenzen aufgezeigt werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Begriffsbildung und Operationalisierung von Teilzeitarbeit Probleme aufwerfen, die häufig nicht beachtet werden. Auf sie wird einleitend kurz hingewiesen.

## 2. Zur Abgrenzung von Teilzeitarbeit

Teilzeitbeschäftigte arbeiten vom zeitlichen Umfang her weniger als Vollzeitbeschäftigte – für die meisten betroffenen Arbeitnehmer ein klarer Tatbestand. Ebenso dürften die Betriebe nur selten Schwierigkeiten haben, Teilzeitarbeit von Vollzeitarbeit zu trennen, sie können sich an der betriebsüblichen „Normalarbeitszeit“ orientieren, die zudem überwiegend durch tarifliche Vereinbarungen fixiert wird. Trotzdem bestehen erhebliche Abgrenzungsprobleme, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Verkürzung und vor allem Flexibilisierung und „Differenzierung“ der Vollzeitarbeit nach Personengruppen noch zunehmen.<sup>2)</sup>

- Muß es sich um „wesentlich“ kürzere Arbeitszeiten handeln? (Abgrenzung zur Vollzeitarbeit)
- Muß es sich um „regelmäßig“ weniger als Vollzeitarbeit handeln? (Im Laufe eines Jahres sind viele Unregelmäßigkeiten vorstellbar.)
- Sind auch die geringfügigen Tätigkeiten einzubeziehen, die z. T. nur gelegentlich ausgeübt werden? (Abgrenzung zur Nichterwerbstätigkeit)
- Ist ein Bezug auf die Wochenarbeitszeit sinnvoll? (Teilzeitarbeit kann auch heißen: volle Arbeit an bestimmten Tagen oder Vollzeitarbeit in bestimmten Wochen, auf die Zeiten regelmäßig verringerter Arbeitsstunden oder Freiwochen folgen.)
- Muß es sich um eine „freiwillige“ Reduzierung des zeitlichen Arbeitseinsatzes handeln? (Tatsächlich wird z. T. auch wegen fehlender Vollzeitarbeitsplätze mit reduzierter Stundenzahl gearbeitet; Kurzarbeit im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes gilt nicht als Teilzeitarbeit.)
- Ist der Bezug auf eine gesamtwirtschaftliche, branchenspezifische oder betriebsübliche Arbeitszeit sinnvoll? (Im Extremfall wäre auch vorstellbar, daß ein ganzer Betrieb vollständig auf Teilzeitbasis arbeitet.)

Solche Kriterien und Differenzierungen spielen in der Diskussion um Teilzeitarbeit durchaus eine Rolle. Im Zusammenhang mit Großerhebungen wie dem Mikrozensus und weiteren Repräsentativbefragungen von Arbeitnehmern (wie auch von Betrieben) beschränken sich jedoch die

Differenzierungsmöglichkeiten. Sie sollen im folgenden auch nicht näher behandelt werden. Hier soll lediglich auf drei unterschiedliche Operationalisierungen hingewiesen werden, die für die Abgrenzung von Teilzeitarbeit im Rahmen des *Mikrozensus* – auf den vor allem zurückgegriffen wird – Verwendung finden bzw. gefunden haben, außerdem auf die Abgrenzung von Teilzeitarbeit im Rahmen der *Beschäftigtenstatistik* der BA.

### a) Teilzeitarbeit „aus eigenem Entschluß“

Diese Angaben der Befragten wurden bis 1971 im Rahmen des Mikrozensus erfaßt und in den Folgejahren vom IAB fortgeschrieben, um (u. a. für die Arbeitsvolumenrechnung des IAB) eine kontinuierliche Zeitreihe der Teilzeitquoten zu erhalten. Hochgerechnet auf die amtlichen Jahresdurchschnittswerte zur Erwerbstätigkeit waren demnach im Jahre 1971 rd. 1,6 Mio. ArbeitnehmerAinnen teilzeitbeschäftigt (7% aller ArbeitnehmerAinnen), darunter 1,5 Mio. Frauen (20% aller Arbeitnehmerinnen).

### b) Regelmäßige Wochenarbeitszeit von 1 bis 36 Stunden

Seit 1972 wird in ununterbrochener Mikrozensus-Zeitreihe die *normalerweise je Woche* anfallende Zahl von Arbeitsstunden erfragt (zusätzlich auch die tatsächliche). Im Hinblick auf die zwischenzeitliche Entwicklung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit wird Teilzeitarbeit dabei jetzt vom IAB (auch von anderen Stellen) als (regelmäßige) wöchentliche Arbeitszeit von 1 bis 36 Stunden gefaßt. Diese Stunden-Abgrenzung ist nicht zwingend, für die Vergangenheitsbetrachtung gleichwohl brauchbar. Nach dieser Abgrenzung gab es (hochgerechnet auf die amtlichen Jahresdurchschnittswerte) 1972 bereits 2,4 Mio. teilzeitbeschäftigte ArbeitnehmerAinnen (11% aller ArbeitnehmerAinnen), darunter 2,2 Mio. Frauen (28% aller Arbeitnehmerinnen). Bis 1988 ist diese Zahl auf 3,3 Mio. (14%) bzw. auf 3,0 Mio. Frauen (32%) angestiegen. Den Entwicklungslinien der Teilzeitarbeit „aus eigenem Entschluß“ folgend wurde diese Zeitreihe bis 1960 zurückgerechnet (Übersicht 8).

Diese Mikrozensus-Zeitreihe schließt (mit originären Zahlenwerten) die wesentlichen Konjunkturphasen der jüngsten Zeit ein und wird im folgenden in wirtschaftszweigspezifischer Aufgliederung zur Analyse der Konjunkturreaktibilität der Teilzeitarbeit verwendet (Tab. 3 im Anhang).

### c) Selbsteinschätzung der Betroffenen ohne Vorgaben

Für internationale Vergleiche waren Abgrenzungen der Teilzeitarbeit nach Wochenstundenzahlen schon immer nur begrenzt sinnvoll, weil die allgemeine Arbeitszeit in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist und nationale Statistiken der Teilzeitarbeit z. T. unterschiedliche Wochenstundenzahlen (vor allem bis 30 bzw. 35 Stunden pro Woche) verwenden. Im Rahmen der mit dem Mikrozensus gekoppelten EG-Stichprobenerhebungen wurde deshalb schon in den 70er Jahren (regelmäßig ab 1984) zusätzlich Teilzeitarbeit nach Selbsteinschätzung der Betroffenen ohne weitere Vorgaben erhoben. Im Hinblick auf die Arbeitszeitentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, die jede pauschale Abgrenzung der Teilzeitarbeit nach der Wochenstundenzahl zunehmend fragwürdig macht, wird das IAB in Zukunft – auch im Rahmen der Arbeitsvolumenrechnung – auf dieses Abgrenzungskriterium zurückgreifen (Übersicht 9). Demnach gab es 1988 knapp 3,1 Mio. teilzeitbeschäftigte ArbeitnehmerAinnen (13% aller ArbeitnehmerAinnen) bzw. 2,8 Mio. teilzeitbeschäftigte Frauen (30% der Arbeitnehmerinnen).

<sup>1)</sup> Vgl. als jüngsten Beitrag hierzu Schupp, J., Teilzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik. Opfer oder Gewinner der Arbeitszeitflexibilisierung? in: Sozialer Fortschritt, 38. Jg.; H. 11/12, 1989, S. 245ff.

<sup>2)</sup> Teriet, B., Teilzeitarbeit – ein Problemaufriß, in: MittAB 2/1977. Brinkmann, Ch., H. Kohler, Am Rande der Erwerbsbeteiligung: Frauen mit geringfügiger, gelegentlicher oder befristeter Arbeit, in: Klauder, W., G. Kühlewind (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, BeitrAB 56, Nürnberg, 1981

Übersicht 8: Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer sowie Teilzeitquoten 1960 bis 1988<sup>1)</sup>

Jahres- durch- schnitt	Arbeitnehmer insgesamt			davon						Teilzeitquoten 1)		
				Vollzeitbeschäftigte			Teilzeitbeschäftigte 1)			Männer	Frauen	Insgesamt
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt			
	1	2	3	4	5	6	7(1x10)	8(2x11)	9(7+8)	10	11	12(9:3)
Personen in 1000												
in %												
1960	13317	6756	20073	13117	6175	19292	200	581	781	1.5	8.6	3.9
1961	13655	6910	20565	13450	6205	19655	205	705	910	1.5	10.2	4.4
1962	13845	7015	20860	13637	6180	19817	208	835	1043	1.5	11.9	5.0
1963	13982	7116	21098	13772	6177	19949	210	939	1149	1.5	13.2	5.4
1964	14119	7216	21335	13907	6148	20055	212	1068	1280	1.5	14.8	6.0
1965	14307	7318	21625	14093	6117	20210	215	1200	1415	1.5	16.4	6.5
1966	14352	7285	21637	14165	5959	20124	187	1326	1513	1.3	18.2	7.0
1967	13853	7055	20908	13659	5743	19402	194	1312	1506	1.4	18.6	7.2
1968	13923	7118	21041	13728	5737	19465	195	1381	1576	1.4	19.4	7.5
1969	14286	7338	21624	14100	5746	19846	186	1592	1778	1.3	21.7	8.2
1970	14611	7527	22138	14391	5690	20081	220	1837	2057	1.5	24.4	9.3
1971	14800	7710	22510	14548	5675	20223	252	2035	2287	1.7	26.4	10.2
1972	14666	7884	22550	14417	5684	20101	249	2200	2449	1.7	27.9	10.9
1973	14748	8085	22833	14497	5748	20245	251	2337	2588	1.7	28.9	11.3
1974	14486	8086	22572	14225	5790	20015	261	2296	2557	1.8	28.4	11.3
1975	14025	7925	21950	13744	5603	19347	281	2322	2603	2.0	29.3	11.9
1976	13943	7935	21878	13678	5602	19280	265	2333	2598	1.9	29.4	11.9
1977	13990	7982	21972	13724	5539	19263	266	2443	2709	1.9	30.6	12.3
1978	14112	8097	22209	13858	5700	19558	254	2397	2651	1.8	29.6	11.9
1979	14326	8285	22611	14068	5766	19834	258	2519	2777	1.8	30.4	12.3
1980	14466	8493	22959	14278	6030	20308	188	2463	2651	1.3	29.0	11.5
1981	14308	8509	22817	14108	5948	20056	200	2561	2761	1.4	30.1	12.1
1982	13949	8429	22378	13768	5883	19651	181	2546	2727	1.3	30.2	12.2
1983	13675	8313	21988	13415	5570	18985	260	2743	3003	1.9	33.0	13.7
1984	13636	8381	22017	13350	5775	19125	286	2606	2892	2.1	31.1	13.1
1985	13710	8476	22186	13436	5865	19301	274	2611	2885	2.0	30.8	13.0
1986	13806	8643	22449	13544	5938	19482	262	2705	2967	1.9	31.3	13.2
1987	13861	8800	22661	13584	6090	19674	277	2710	2987	2.0	30.8	13.2
1987 2)	14551	9235	23786	14260	6391	20651	291	2844	3135	2.0	30.8	13.2
1988 2)	14585	9382	23967	14250	6380	20630	335	3002	3337	2.3	32.0	13.9

<sup>1)</sup> Teilzeitquoten des Mikrozensus in der Abgrenzung I bis 36 normalerweise geleistete Wochenstunden, übertragen auf die Jahresdurchschnittswerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: von 1960 bis 1971 Schätzung der Teilzeitquoten aufgrund der vorliegenden Mikrozensusreihe „Teilzeitbeschäftigung aus eigenem Entschluß“.

<sup>2)</sup> Vorläufig, angepaßt an die Ergebnisse der Volkszählung 1987.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB.

Übersicht 9: Teilzeitbeschäftigung von Arbeitnehmern im Jahre 1988 nach Geschlecht und Wirtschaftsabteilungen (Selbsteinschätzung lt. Mikrozensus)

	Absolut, 1000 Pers.			Teilzeitquoten, %			Struktur, %		
	M	F	Σ	M	F	Σ	M	F	Σ
Land- u. Forstwirtschaft	5	19	24	2,6	22,6	8,6	2,0	0,7	0,8
Energiewirtsch., Wasservers.	2	11	13	0,4	19,6	2,6	0,8	0,4	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	42	515	557	0,7	21,8	6,6	17,0	18,0	17,9
Baugewerbe	8	64	72	0,5	37,9	4,3	3,2	2,2	2,3
Warenproduzierendes Gewerbe	52	590	642	0,7	22,8	6,0	21,1	20,6	20,7
Handel	25	634	659	2,2	37,9	23,5	10,1	22,2	21,2
Verkehr	17	119	136	1,5	34,2	9,3	6,9	4,2	4,4
Handel u. Verkehr	42	753	795	1,9	37,3	18,6	17,0	26,3	25,6
Kreditinst., Versicherung	4	103	107	0,9	22,9	12,0	1,6	3,6	3,4
sonstige Dienstleistungen	117	997	1114	6,6	31,6	22,6	47,4	34,9	35,9
Organis. oh. Erwerbsschar. priv. Haushalte	10	135	145	5,2	42,7	28,6	4,0	4,7	4,7
Gebietskörpersch., Sozialversicherung	17	263	280	0,9	29,9	10,0	6,9	9,2	9,0
Dienstleistungen insgesamt	148	1498	1646	3,4	31,2	18,0	59,9	52,4	53,0
Wirtschaft insgesamt	247	2859	3106	1,7	30,1	12,8	100,0	100,0	100,0

Quelle: Mikrozensusergebnisse

Zum Vergleich (Übertragung auf den Jahresdurchschnittswert der Volksw. Gesamtrechnung)									
Wirtschaft insgesamt	248	2824	3072	1,7	30,1	12,8	100,0	100,0	100,0

Nach diesem Kriterium gibt es also – bei gleicher Datenquelle – rd. 250 000 weniger Teilzeitbeschäftigte als nach der zuvor behandelten Stundenabgrenzung. Die Differenz dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß einzelne Tarifverträge für Vollzeitbeschäftigte bereits weniger als 37 Arbeitsstunden pro Woche vorsehen, zumindest für bestimmte Personengruppen. Insoweit kann die Selbsteinschätzung der Betroffenen als der Sache angemessenere Information gelten.

#### d) Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte

Im Rahmen der von der BA geführten Statistik über Arbeitnehmer, die (renten-)versicherungspflichtig sind, werden aufgrund betrieblicher Angaben ebenfalls Teilzeitbeschäftigte ermittelt. Beamte und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer (jetzt weniger als 15 Wochenstunden bzw. bis zu 450 DM Monatsverdienst) bleiben hier außer Betracht. Im Juni 1988 wurden 2,1 Mio. versicherungspflichtig Beschäftigte in Teilzeitarbeit ausgewiesen, rd. 1 Mio. Personen weniger, als es den Mikrozensusergebnissen folgend insgesamt Teilzeitbeschäftigte gibt (Übersicht 10).

### 3. Entwicklungstendenzen

Übersicht 8 enthält die vollständigen Zeitreihen zur Entwicklung der Teilzeitarbeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und zwar in der Abgrenzung 1 bis 36 Stunden normaler Wochenarbeitszeit (mit Rückrechnung

bis 1960, s. o.). Die Mikrozensus-Teilzeitquoten wurden auf die mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmten amtlichen Arbeitnehmerzahlen übertragen, bis 1987 nach der noch nicht revidierten bisherigen Schätzung, für 1987 und 1988 zusätzlich nach dem neuen, aufgrund der Volkszählungsergebnisse angehobenen Niveau. Von den Revisionen, die voraussichtlich für die Zeit ab Anfang der 80er Jahre zu erwarten sind, sind die Teilzeitquoten des Mikrozensus nicht betroffen. Diese lassen allerdings einige mit der Datenquelle zusammenhängende „Sprünge“ erkennen (z. B. im Jahre 1983), die nicht bereinigt wurden.

Demnach hat sich über die Jahre in der Bundesrepublik – wie in anderen Ländern<sup>3)</sup> – die Zahl der Teilzeitkräfte und ihr Anteil an der Beschäftigung insgesamt erheblich ausgeweitet. 1988 arbeitete fast jede dritte Arbeitnehmerin in Teilzeitarbeit, gegenüber noch weniger als 10% im Jahre 1960. Eine Ausweitung der Teilzeitarbeit war fast ausschließlich bei Frauen zu beobachten, während nach wie vor lediglich rd. 2% der männlichen Arbeitnehmer in Teilzeitarbeit stehen, mit zuletzt allerdings leicht ansteigender Tendenz.

Starken Zuwächsen bis Anfang der 70er Jahre folgte eine längere Periode, in der die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nur langsam stieg und die Teilzeitquote im wesentlichen stagnierte. Erst in jüngster Zeit scheint sich hier, auch im Zusammenhang mit der verbreiteten Diskussion um Teilzeitarbeit und der öffentlichen Förderung der Ausbreitung von Teilzeitarbeit (u. a. durch das Beschäftigungsförderungsgesetz) eine weitere Expansion anzubahnen. Ein Spielraum scheint hierfür durchaus gegeben, denn im Vergleich mit weiteren OECD-Ländern liegt die Bundesrepublik bei der Teilzeitquote (wie auch im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen) nur im Mittelfeld.<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Noll, H.-H., Bundesrepublik bei Teilzeitarbeit nur im Mittelfeld. Ergebnisse eines Vergleichs von OECD-Ländern, in: ISI Nr. 2, Juli 1989

<sup>4)</sup> Noll, H.-H., a. a. O.

**Übersicht 10: Versicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und mit Teilzeitarbeit nach dem Geschlecht – Ende Juni 1974 bis 1988 – (in 1000 Personen)**

Ende Juni 19 . .	Beschäftigte insgesamt			Teilzeitbeschäftigte			Teilzeitquoten (%)		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
74*	12 990**	7 825**	20 815	116	1 333	1 449	0,9	17,0	7,0
75*	12 520**	7 575**	20 095	100	1 329	1 429	0,8	17,5	7,1
76	12 414	7 525	19 939	96	1 323	1 419	0,8	17,6	7,1
77	12 394	7 486	19 880	111	1 334	1 445	0,9	17,8	7,2
78	12 470	7 618	20 088	105	1 393	1 498	0,8	18,2	7,4
79	12 717	7 856	20 573	111	1 466	1 577	0,9	18,6	7,6
80	12 856	8 098	20 954	114	1 551	1 665	0,9	19,1	7,9
81	12 754	8 110	20 864	120	1 611	1 731	0,9	19,8	8,2
82	12 444	8 028	20 472	119	1 657	1 776	1,0	20,6	8,6
83	12 245	7 902	20 147	125	1 658	1 783	1,0	20,9	8,8
84	12 217	7 970	20 187	131	1 699	1 830	1,1	21,3	9,0
85	12 287	8 092	20 378	131	1 750	1 881	1,1	21,6	9,2
86	12 497	8 233	20 730	140	1 811	1 951	1,1	22,0	9,4
87	12 592	8 453	21 045	148	1 891	2 039	1,2	22,4	9,7
88	12 652	8 613	21 265	156	1 961	2 117	1,2	22,8	10,0

\* Ende Dezember \*\* Schätzung IAB Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA jeweils Ende Juni (im wesentlichen ohne Beamte und Beschäftigte unter 15 Wochenstunden)

Immerhin, auch wenn man die in Übersicht 9 aufgeführten niedrigeren Teilzeitzahlen zugrunde legt, die sich bei Selbsteinstufung durch die Betroffenen ergeben, stehen im Vergleich zu 1970 im Jahre 1988 über 1 Mio. Personen mehr in einem Teilzeitarbeitsverhältnis, während sich bei Vollzeitarbeit auch absolut gesehen der Zuwachs in diesem Zeitraum (nach zwischenzeitlichen starken konjunkturellen Einbrüchen, s. u.) in engeren Grenzen bewegte (+ 550 000 Vollzeitbeschäftigte).

Der Zuwachs an Vollzeitbeschäftigten betrifft dabei per saldo nur Arbeitnehmerinnen, die Zahl der männlichen Arbeitnehmer (namentlich der Vollzeitbeschäftigten) lag auch 1988 noch unter der von 1970. In diesem Zeitraum waren Frauen insgesamt die Beschäftigungsgewinner, vor allem – aber nicht nur – durch die Ausweitung von Teilzeitarbeit. Dabei scheint auch die Feststellung wichtig, daß per saldo Teilzeitarbeit (von Frauen) Vollzeitarbeit nicht verdrängt hat.

#### 4. Wirtschaftszweigstruktur und Konjunkturreakibilität

Die vergleichsweise günstige Entwicklung der Teilzeitarbeit (wie auch der Frauenbeschäftigung insgesamt) ist stark mit der Verbreitung der Teilzeitarbeit in bestimmten Bereichen der Wirtschaft verbunden. Teilzeitarbeit konzentriert sich sehr stark auf den langfristig expandierenden, von konjunkturellen Beschäftigungsschwankungen weitgehend unberührten Dienstleistungsbereich: 1972 erbrachten 28% der Arbeitnehmer öffentliche oder private Dienstleistungen (ohne Handel und Verkehr), 1988 waren es bereits 38%; in diesen Bereichen arbeiteten 1988 immerhin 53% der Teilzeitbeschäftigten.

Konjunkturelle Beschäftigungseinbrüche und längerfristige Schrumpfungstendenzen sind vor allem im Hinblick auf die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe zu verzeichnen. In diesen Bereichen arbeiteten 1988 (noch) 42% aller Arbeitnehmer, aber lediglich gut 20% der Teilzeitbeschäftigten.

Im Verarbeitenden Gewerbe liegt die Teilzeitquote bezogen auf alle Arbeitnehmer/-innen 1988 wie schon 1972 mit gut 7% stark unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftszweige. Im Baugewerbe sind es lediglich 5%, gegenüber (als Spitzenreiter) 30% bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter, die diesen Anteil allerdings auch schon 1972 erreicht hatten (Tabelle 3 im Anhang).

Unterschiedliche Teilzeitquoten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verknüpfen sich – allerdings nur z. T. – mit unterschiedlichen Frauenanteilen in diesen Bereichen. Auch unter den beschäftigten Frauen ist der Teilzeitanteil in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich; er schwankt zwischen 17% (Energiewirtschaft, Wasserversorgung) und 45% (Organisationen ohne Erwerbscharakter).

Die Vermutung liegt nahe, daß ein erheblicher Teil der Ausweitung der Teilzeitarbeit als Struktureffekt Folge der

Verschiebung unter den einzelnen Wirtschaftszweigen ist. Zusätzlich ist, wie schon erwähnt, eine Verbindung zum insgesamt zunehmenden Frauenanteil zu vermuten. Tatsächlich beruht rd. die Hälfte des Anstiegs der Teilzeitbeschäftigung zwischen 1972 und 1988 auf solchen Struktureffekten, und zwar überwiegend (41%) auf einer Verschiebung der Wirtschaftszweigstruktur und zu einem kleineren Teil (10%) auf den zunehmenden Frauenanteil an den Arbeitnehmern in den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Geht der Teilzeitanteil an den beschäftigten Arbeitnehmern/-innen in Rezessionen zurück, bedeutet dies überproportionale Konjunkturreakibilität der Teilzeitarbeit. Tatsächlich war aber in den großen Rezessionen 1974/75 und Anfang der 80er Jahre eher das Gegenteil festzustellen, und zwar auch, wenn man die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen separat betrachtet. Zwar wurden im Verarbeitenden Gewerbe in erheblichem Umfang neben Vollzeitarbeitsplätzen auch Teilzeitarbeitsplätze abgebaut. Die Teilzeitquote blieb hier aber im wesentlichen konstant, gesamtwirtschaftlich stieg sie sogar – dem längerfristigen Trend folgend – weiter an.

#### 5. Arbeitnehmerpräferenzen und Realisierungschancen

Eine Ausweitung der Teilzeitarbeit kommt vorhandenen Arbeitnehmerpräferenzen durchaus entgegen: Wie eine Reihe früherer Erhebungen des IAB und anderer Institute<sup>5)</sup> belegen 1985 und Anfang 1989 durchgeführte EG-Arbeitnehmerumfragen für die Bundesrepublik und für andere Länder den verbreiteten Wunsch nach mehr Teilzeitarbeit (wie auch nach generellen Arbeitszeitverkürzungen).<sup>6)</sup>

Die letzte einschlägige IAB-*Repräsentativbefragung* wurde vom Emnid-Institut, Bielefeld, bei 6000 berufstätigen und 3000 nichtberufstätigen Frauen im Jahre 1986 durchgeführt. In dieser auf Zeitvergleiche (mit zuvor 1978 und 1980 durchgeführten Untersuchungen) angelegten Befragung stand das Bemühen im Vordergrund, in den für die Ergebnisstrukturen wichtigen Frageformulierungen vor allem die finanziellen Konsequenzen einer Arbeitszeitreduzierung deutlich anzusprechen und auch mögliche Veränderungen des Familien- bzw. Partnerarbeitsvolumens (und damit des Haushaltseinkommens) zu berücksichtigen. So heißt es bei der Frage um die gewünschte *Wochenarbeitszeit*: „Wenn Sie sich eine normale Arbeitswoche vorstellen, das notwendige Geld verdienen berücksichtigen und Sie (ggfs. auch Ihr Partner) die Arbeitszeit wählen könnten: Wieviele Stunden in der Woche würden Sie selbst dann am liebsten arbeiten?“.

Nach diesen Befragungsergebnissen (Übersicht 11) arbeiten zwei Drittel aller erwerbstätigen *Frauen* (bei verheirateten: gut die Hälfte) 37 Stunden oder mehr pro Woche, gewünscht wird dies nur noch von etwa einem Viertel. Allerdings sind es doch fast 40% aller erwerbstätigen Frauen, die 35 Stunden oder mehr und damit im weiteren Sinne Vollzeitarbeit präferieren – hier schlägt sich offenbar auch der Wunsch nach *allgemeiner* Arbeitszeitverkürzung nieder.

Trotzdem ist bei vielen Frauen der deutliche Wunsch nach *individueller* Arbeitszeitverkürzung zu erkennen, wobei in groben Kategorien jeweils ein Viertel der befragten berufstätigen Frauen für sich selbst „Halbarbeit“ (20 bis 24 Wochenstunden) bzw. mehr als Halbarbeit, aber weniger

<sup>5)</sup> zusammenfassend Brinkmann, Ch., Arbeitszeitpräferenzen. Ein Hinweis auf neue Repräsentativbefragungen, in: MittAB 2/1983

<sup>6)</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Umfrage bei Arbeitnehmern, in: Europäische Wirtschaft, Nummer 27, März 1986, S. 17 ff., sowie Beiheft B, Nr. 8/9 1989, S. 2 ff. (erste Ergebnisse der im Frühjahr 1989 durchgeführten EG-Arbeitnehmerumfrage)

Übersicht 11: Tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit nach Familienstand und Alter 1986

– Berufstätige Frauen –														
Tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit*)								Gewünschte wöchentliche Arbeitszeit**)						
	Total		Familienstand					Total	Familienstand					
	ledig	verh.	verh. -29 Jahre	verh. 30-44 Jahre	verh. 45 Jahre	gesch./verw.	ledig		verh.	verh. -29 Jahre	verh. 30-44 Jahre	verh. 45 Jahre	gesch./verw.	
	%	%	%	%	%	%	%		%	%	%	%	%	
- 4 Stunden	.	.	.	-	.	1	.	5	4	5	6	3	7	5
5 - 9 Stunden	1	1	2	1	1	3	1	1	1	1	.	1	1	1
10 - 14 Stunden	4	1	5	3	6	6	2	4	.	5	3	5	6	3
15 - 18 Stunden	3	.	5	3	5	6	2	3	.	4	3	5	5	2
19 Stunden	.	.	.	.	.	.	1	.	.	.	-	.	.	-
20 - 24 Stunden	14	4	19	10	23	19	11	25	14	30	27	33	29	21
25 - 29 Stunden	5	2	6	4	6	8	6	8	6	9	8	9	10	6
30 - 34 Stunden	5	2	6	3	6	7	4	16	18	15	18	14	13	18
35 - 36 Stunden	3	4	3	3	2	3	5	12	17	10	12	10	8	14
37 + Stunden	64	86	54	72	50	47	68	26	38	20	23	20	20	30
Durchschnitt (Stunden)	34,78	39,07	32,74	35,58	32,07	31,98	36,35	27,71	31,52	25,91	26,96	26,28	24,82	28,99
Keine Angabe	.	.	.	.	.	.	.	1	1	1	.	1	1	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Basis	5989	1579	3780	754	1688	1338	629	5989	1579	3780	754	1688	1338	629

\*) Frage: Wenn Sie sich eine normale Arbeitswoche vorstellen: Wieviele Stunden arbeiten Sie normalerweise beruflich in der Woche? \*\*) Frage: Wenn Sie sich eine normale Arbeitswoche vorstellen, das notwendige Geld verdienen berücksichtigen und Sie (gegebenenfalls auch Ihr Partner) die Arbeitszeit wählen könnten: Wieviele Stunden in der Woche würden Sie selbst dann am liebsten arbeiten?

Quelle: IAB-Projekt 2-232 (Repräsentativbefragung 1986)

als Vollzeitarbeit (25 bis 34 Stunden) bevorzugen würde. Gerade im zuletzt genannten Stundenbereich fallen Wunsch- und Realisierungschance weit auseinander. Obwohl Betriebsbefragungen deutliche Potentiale zur Ausweitung von Teilzeitarbeit erkennen lassen,<sup>7)</sup> dürften sich Restriktionen bislang vor allem auf der betrieblichen Ebene ergeben haben.

In den unteren Stundengruppen (5 bis 18 Wochenstunden), die zumindest z. T. dem Bereich der marginalen Beschäftigungsverhältnisse ohne Versicherungsschutz zuzurechnen sind, weichen *per saldo* realisierte und gewünschte Arbeitszeiten mit jeweils 8% nicht voneinander ab. Dies schließt *im Einzelfall* den Wunsch nach mehr bzw. weniger Arbeitszeit nicht aus, gegenläufige Wünsche gleichen sich hier jedoch aus. „Weniger als 5 Wochenstunden“ gewünschte Arbeitszeit verbindet sich im wesentlichen mit dem

Wunsch, überhaupt nicht (oder nur gelegentlich) erwerbstätig zu sein.

Saldiert man gewünschte und realisierte Arbeitszeiten der erwerbstätigen Frauen auf der Basis der genauen Stundenangaben (pro Woche), errechnet sich für 1986 eine Diskrepanz von immerhin 7 Stunden bzw. 20% der tatsächlichen Arbeitszeit, d. h. in diesem Umfang arbeiteten Frauen im Durchschnitt mehr, als es dem eigentlichen Wunsch entspricht. Klammert man aus dieser Berechnung die Selbständigen aus, die in der arbeitszeitpolitischen Diskussion sicher eine Sonderstellung einnehmen, verbleiben doch noch im Durchschnitt 6,8 Stunden Potential für Arbeitszeitreduktion, mehr noch als 1980 ermittelt wurde (5 Stunden). Zu beachten ist allerdings: In diese Zahl geht nicht nur der Wunsch nach Teilzeitarbeit ein, sondern – wie erwähnt – auch der nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, oder auch der Wunsch, innerhalb der Spanne der Vollzeitarbeit weniger zu arbeiten, d. h. der Wunsch nach weniger normalerweise zu leistenden Überstunden. Weitere Differenzierungen erscheinen also notwendig.<sup>8)</sup>

Insgesamt bestätigte die 86er Befragung frühere Befunde, daß rd. die Hälfte der Frauen in Vollzeitarbeit Teilzeitarbeit bevorzugen würden (47% bei einer eher vorsichtigen Stundenabgrenzung bis unter 35 gewünschten Wochenarbeitsstunden, wohlgernekt aber auch unter Berücksichtigung der Partnerwünsche). Teilzeitarbeit heißt dabei nicht nur im traditionellen Sinne Halbarbeit, sondern bezieht

<sup>7)</sup> Vgl. Friedrich W., G. Nerb, L. Reyher, E. Spitznagel, Zu den Beschäftigungserwartungen, den Arbeitsplatzreserven und zum Potential an zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätzen in der Verarbeitenden Industrie und im Bauhauptgewerbe, in: MittAB 2/1978, S. 235 ff. Die Ergebnisse einer 1988/89 durchgeführten erneuten IAB/ifo-Betriebsbefragung zur Teilzeitarbeit werden demnächst an dieser Stelle veröffentlicht.

<sup>8)</sup> Brinkmann, Ch., Arbeitszeitpräferenzen und Partnerarbeitsvolumen, in: Peters, W. (Hrsg.), Frauenerwerbstätigkeit – Berichte aus der laufenden Forschung – Arbeitspapier 1987-7 des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Forschung (SAMF), Paderborn

sich auch auf Arbeitszeiten bis knapp unter Vollzeitarbeit. Der 1980er IAB-Repräsentativbefragung folgend, in die auch erwerbstätige Männer einbezogen wurden, beträgt bei diesen der entsprechende Anteil gut 20%.<sup>9)</sup>

Immerhin 10% der teilzeitbeschäftigten Frauen wünschten sich 1986 eine Vollzeitarbeit, gegenüber 3% im Jahre 1980. Mehr als früher führt die schlechte Arbeitsmarktlage offenbar auch zu solchen Formen der Unterbeschäftigung.

Soweit *nichtberufstätige* Frauen (unter 60 Jahre, nicht in Ausbildung) „sicher“ oder „vielleicht“ eine abhängige Beschäftigung aufnehmen wollen und bereits Vorstellungen über die Arbeitszeit haben, wünschen sie überwiegend (zwei Drittel) Teilzeitarbeit, früher lag dieser Anteil noch höher.

**Übersicht 12: Gewünschte Erwerbsbeteiligung von Ehepartnern (in %)**

	Vorstellungen			Zum Vergleich: Realisierte Strukturen*)	
	der Ehefrauen		der Ehe- männer 1980	1986 1980	
	1986	1980			
Beide arbeiten im üblichen Umfang voll (ca. 40/37**) Stunden in der Woche oder mehr)	16	16	17	23	22
Beide arbeiten weniger als voll, aber mehr als die Hälfte der üblichen Zeit	9	8	6	.	.
Beide arbeiten etwa die Hälfte der üblichen Arbeitszeit	7	7	4	.	.
Beide arbeiten nicht***)	4	3	2	9	3
Einer arbeitet Voll-, der andere Teilzeit	40	42	32	20	20
Einer arbeitet voll, der andere arbeitet nicht	23	24	38	46	53
Einer arbeitet Teilzeit, der andere arbeitet nicht	1	1	2	2	2
Summe	100	101	101	100	100
Zahl der Fälle	6502	1610	1417	6502	3027

Quelle: IAB-Projekt 2-232

\*) Aufgrund der Erwerbsbeteiligung und der wöchentlichen Arbeitsstunden (eigene und des Ehepartners) geschätzt

\*\*\*) 1986: 37 Stunden, 1980: 40 Stunden

\*\*\*\*) Einschließlich Arbeitslose und Rentner

Übersicht 12 gibt die 1986 von (erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen) *verheirateten Frauen* gewünschte Erwerbsbeteiligung bezogen auf beide Ehepartner wieder und vergleicht sie mit entsprechenden Ergebnissen bei verheirateten Männern und Frauen aus dem Jahre 1980. Um noch realistische Antworten zu erhalten, wurde die Vielzahl möglicher Konstellationen auf einige Grundmuster reduziert und den Befragten als Liste vorgelegt. Grundgesamt-

heit sind deutsche Frauen zwischen 15 und 60 Jahren, die sich zur Zeit der Befragung nicht in einer schulischen oder betrieblichen Ausbildung befanden.

1986 wie schon 1980 ließ nur noch ein knappes Viertel der verheirateten Frauen eine Präferenz für das „klassische Erwerbsmodell“ erkennen, bei dem einer (der Mann) voll arbeitet, der andere (die Frau) hingegen gar nicht. Es sind aber auch nur Minderheiten, die eine etwa gleichgewichtige Erwerbstätigkeit beider Ehepartner (beide Vollzeitarbeit, beide weniger als Vollzeitarbeit, aber mehr als die Hälfte der üblichen Zeit, beide die Hälfte der üblichen Arbeitszeit) bevorzugen, zusammengenommen sind dies etwa ein Drittel der verheirateten Frauen. Wohl häufig auch als Kompromiß zwischen eigentlichen Wünschen und Realisierungschancen geben immerhin 40% der befragten Frauen eine Präferenz für die Konstellation „einer arbeitet voll, der andere Teilzeitarbeit“ an, was in aller Regel Teilzeitarbeit für die betroffenen Frauen bedeutet.

Beachtenswert sind zum einen die deutlichen Unterschiede zu den Vorstellungen der Ehemänner und zu den tatsächlich realisierten Strukturen. Auffällig ist aber auch die Tatsache, daß sich zwischen beiden Erhebungszeitpunkten praktisch keine Veränderungen der hier abgefragten Präferenzen ergeben haben. Die entsprechenden Einstellungen wandeln sich offenkundig allenfalls langfristig, wobei hier sicher auch vielfältige Restriktionen (Einstellungen des sozialen Umfelds, insbesondere des Ehepartners, ebenso wie die allgemeine Arbeitsmarktsituation und wahrgenommene Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten) die Wunschstrukturen mitbestimmen.

## 6. Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens von Männern und Frauen

Auf die Beschäftigungsgewinne von Frauen im Bereich der Vollzeitarbeit und, mehr noch, im Bereich der Teilzeitarbeit wurde bereits eingegangen. Parallel hierzu sank die Erwerbsbeteiligung von Männern deutlich, die Zahl der erwerbstätigen Männer lag 1988 immer noch (trotz zwischenzeitlichem Wiederanstieg, der jedoch weit unter dem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit blieb) unter der von 1970.

Trotz zeitweiliger Rückgänge der absoluten Zahl beschäftigter Frauen in den Rezessionsphasen erhöhte sich der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmern kontinuierlich. Zunehmende Erwerbschancen bedeuten allerdings nicht ohne weiteres auch einen Abbau geschlechtsspezifischer Unterschiede bei Aufstiegschancen, Arbeitsbedingungen, Bezahlung usw.; diese Problembereiche bedürfen sicherlich einer gesonderten Betrachtung.<sup>10)</sup>

In diesem Zusammenhang ist allerdings die Frage aufzuwerfen, inwieweit Zuwächse bei der Teilzeitarbeit den Beschäftigungsgewinn von Frauen relativieren: Bezogen auf das (in Arbeitsstunden gemessene) Arbeitsvolumen könnte – wegen des zunehmenden Teilzeitanteils – der Beschäftigungsgewinn von Frauen geringer ausfallen oder vielleicht gar nicht mehr erkennbar sein.

Im Hinblick auf männliche und weibliche Arbeitnehmer, für die eine genaue Arbeitsvolumenrechnung am ehesten möglich ist, ergibt sich folgendes Bild (Übersicht 13): Im Jahre 1988 lag die *Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt* um 8% über der Zahl von 1970. Bei Arbeitnehmerinnen betrug der Zuwachs 25% (Vollzeit: + 12%, Teil-

<sup>9)</sup> Brinkmann, Ch., Veränderung des Arbeitsvolumenangebots bei Realisierung von Arbeitszeitwünschen: Befragungsergebnisse und Modellrechnungen, in: Klauer W., G. Kühlewind, a. a. O.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu Autorinnengemeinschaft, Arbeitsmarkt und Frauenerwerbsarbeit, Arbeitspapier 1989-16 des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Paderborn, sowie Peters, W. (Hrsg.), Frauenerwerbstätigkeit – Berichte aus der laufenden Forschung, a. a. O.

**Übersicht 13: Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer sowie deren Arbeitsvolumen nach dem Geschlecht von 1960 bis 1988<sup>1)</sup> – Jahresdurchschnitt bzw. -summen –**

Jahresdurchschnitt	Arbeitnehmer												Arbeitsvolumen			
	Insgesamt – 1000 –			Männer – 1000 –			Frauen – 1000 –			Frauenanteile – % –			– Mill. Arbeitsstunden –			Frauenanteil – % –
	zusammen	Vollzeit	Teilzeit	zusammen	Vollzeit	Teilzeit	zusammen	Vollzeit	Teilzeit	zusammen	Vollzeit	Teilzeit	zusammen	Männer	Frauen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1960	20073	19292	781	13317	13117	200	6756	6175	581	33,7	32,0	74,4	41768	28063	13701	32,8
1970	22138	20081	2057	14611	14391	220	7527	5690	1837	34,0	28,3	89,3	41729	28565	13160	31,5
1980	22959	20308	2651	14466	14278	188	8493	6030	2463	37,0	29,7	92,9	38762	25356	13402	34,6
1987	22661	19674	2987	13861	13584	277	8800	6090	2710	38,8	31,0	90,7	36718	23452	13264	36,1
1987 <sup>1)</sup>	23786	20651	3135	14551	14260	291	9235	6391	2844	38,8	30,9	90,7	38537	24606	13931	36,1
1988 <sup>1)</sup>	23967	20630	3337	14585	14250	335	9382	6380	3002	39,1	30,9	90,0	38895	24797	14098	36,2

1) Vorläufige Berechnungen auf der Basis der VZ-Ergebnisse 1987

Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB

zeit: + 63%), bei männlichen Arbeitnehmern war, wie erwähnt, das Ausgangsniveau noch nicht ganz wieder erreicht.

Auf Personenbasis erhöhte sich der *Frauenanteil* um 5%-Punkte auf 39% im Jahre 1988.

Betrachtet man nun die Entwicklung des *Arbeitsvolumens* im gleichen Zeitraum, so fällt zunächst ein deutlicher Rückgang auf (- 7% von 1970 bis 1988), und zwar trotz der gestiegenen Zahl von Arbeitnehmern. Hier schlagen vor allem die allgemeinen Verkürzungen der tariflichen Arbeitszeiten (verringerte Wochenstundenzahl, mehr Urlaub) durch, auch ist das Niveau der Überstunden jetzt wesentlich niedriger als 1970.

Bei annähernd gleicher Erwerbstätigenzahl liegt deshalb das *Arbeitsvolumen männlicher* Arbeitnehmer 1988 immerhin um 13% unter dem von 1970. Bei *Arbeitnehme-*

*rinnen* ist hingegen – unter Berücksichtigung des aufgrund der VZ-Ergebnisse korrigierten Erwerbstätigenniveaus - im gleichen Zeitraum das *Arbeitsvolumen* um 7% gestiegen. Allgemeine Arbeitszeitverkürzungen (für Männer wie für Frauen) und der zunehmende Teilzeitanteil (bei Frauen) lassen den *Arbeitsvolumenanstieg* allerdings deutlich geringer ausfallen als den entsprechenden Anstieg der Zahl beschäftigter *Personen*.

*Trotzdem ist der Frauenanteil am Arbeitsvolumen fast ebenso stark angestiegen wie der Anteil an den beschäftigten Arbeitnehmern*, gegenüber 1970 um knapp 5% auf 36% (1988).<sup>11)</sup> Der aus dem zunehmenden Teilzeitanteil bei Arbeitnehmerinnen resultierende „Bremseffekt“ im Hinblick auf den Anstieg des *Arbeitsvolumens* wird überlagert und tatsächlich fast vollständig kompensiert durch Effekte sonstiger Komponenten der Arbeitszeitentwicklung, die Männer und Frauen unterschiedlich tangieren können. Übersicht 14 läßt erkennen, daß Frauen auch im tariflichen Bereich (durch Struktureffekte) nach 1970 überdurchschnittliche Arbeitszeitrückgänge verbuchen konnten, daß dies und der Teilzeiteffekt jedoch *überkompensiert* wurde durch den vor allem Männer tangierenden starken Rückgang der Überstunden, der seit Anfang der 70er Jahre zu verzeichnen ist.

<sup>11)</sup> In dieser Rechnung wird der Teilzeiteffekt noch auf der alten Basis der fortgeschriebenen Zeitreihe „Teilzeitarbeit aus eigenem Entschluß“ berechnet. Da sich die Fortschreibung aber an den Zuwächsen der Teilzeitarbeit nach dem Kriterium „normalerweise 1-36 Wochenstunden“ orientiert, bleibt die hier interessierende Entwicklungsaussage (Zuwachs des *Arbeitsvolumens*, Veränderung des Teilzeiteffekts) vom bestehenden Niveauunterschied weitgehend unberührt.

**Übersicht 14: Komponenten der Arbeitszeitentwicklung 1960 – 1988 Männer, Frauen, Insgesamt – in Stunden –**

	Tarifliche Jahresarbeitszeit			Teilzeiteffekt (-)			Überstunden (+)			Restkomponenten*) (-)			Insgesamt (effektiv)		
	M	F	Σ	M	F	Σ	M	F	Σ	M	F	Σ	M	F	Σ
	Stand:														
1960	2112,1	2147,0	2123,8	3,9	52,0	20,1	121,3	42,7	95,0	122,2	109,6	117,9	2107,3	2028,1	2080,8
1970	1883,8	1925,9	1898,1	4,4	126,2	45,8	207,8	59,0	157,3	132,1	113,2	124,6	1955,1	1748,5	1885,0
1988	1724,3	1736,8	1729,2	7,9	175,1	73,1	86,5	30,2	64,6	102,7	89,3	97,5	1700,2	1502,7	1623,2
	Entwicklung:														
1970–1988	-159,5	-189,1	-168,9	-3,5	-48,9	-27,3	-121,3	-28,8	-92,7	+29,4	+23,9	+27,1	-254,9	-245,8	-261,8

\*) Krankenstand, Kurzarbeit, Schlechtwetter, Streiks (saldiert)

Quelle: IAB



Tabelle 1: Registrierte Arbeitslose – Bestände, Zu- und Abgänge (in 1000)

	1970	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<b>Jahresanfangsbestand</b>	<b>192</b>	<b>1090</b>	<b>1091</b>	<b>1007</b>	<b>867</b>	<b>1118</b>	<b>1704</b>	<b>2223</b>	<b>2349</b>	<b>2325</b>	<b>2347</b>	<b>2218</b>	<b>2308</b>	<b>2190</b>
Zu aus Selbst. u. Mithelf.	28	65	57	49	50	54	71	85	100	97	106	115	111	114
Zu aus Arbeitn. (o. Ausz.)	1123	2491	2264	2061	2244	2618	2772	2630	2539	2590	2474	2524	2343	2120
Zu aus Auszubildenden	18	49	45	44	54	69	72	103	109	117	118	115	104	93
Zu aus Stilller Reserve	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zu aus Erwerbspotential</b>	<b>1169</b>	<b>2605</b>	<b>2366</b>	<b>2153</b>	<b>2347</b>	<b>2741</b>	<b>2915</b>	<b>2818</b>	<b>2748</b>	<b>2803</b>	<b>2698</b>	<b>2753</b>	<b>2558</b>	<b>2327</b>
Zu aus Schulen (Vollzeit)	30	169	170	164	175	188	188	217	217	224	220	233	222	211
Zu aus Vollzeit-FuU 1)	13	40	39	46	56	71	95	76	72	87	128	162	143	211
Zu aus Erwerbsunfähigk.	15	19	20	21	23	26	24	31	24	27	25	23	23	17
Zu aus Ruhestand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zu aus Übr. Nichterwerbs.	50	445	446	422	446	459	451	535	567	572	526	504	592	611
<b>Zu aus Nichterwerbspers.</b>	<b>108</b>	<b>673</b>	<b>675</b>	<b>652</b>	<b>700</b>	<b>743</b>	<b>758</b>	<b>859</b>	<b>881</b>	<b>911</b>	<b>900</b>	<b>921</b>	<b>980</b>	<b>1051</b>
Auslandszuzüge	18	37	39	38	36	47	34	28	44	36	39	52	130	429
<b>Zugänge insgesamt</b>	<b>1296</b>	<b>3315</b>	<b>3081</b>	<b>2844</b>	<b>3084</b>	<b>3531</b>	<b>3707</b>	<b>3704</b>	<b>3673</b>	<b>3750</b>	<b>3637</b>	<b>3726</b>	<b>3669</b>	<b>3806</b>
<b>Abgänge insgesamt</b>	<b>1313</b>	<b>3314</b>	<b>3165</b>	<b>2984</b>	<b>2833</b>	<b>2945</b>	<b>3187</b>	<b>3579</b>	<b>3697</b>	<b>3728</b>	<b>3766</b>	<b>3636</b>	<b>3786</b>	<b>3945</b>
Ab in Selbst. u. Mithelf.	44	83	77	70	65	66	72	81	83	83	82	79	81	84
Ab in Arbeitn. (o. Ausz.)	787	2159	2006	1861	1727	1881	2069	2363	2344	2625	2640	2438	2476	2514
Ab in Auszubildende	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ab in Stille Reserve	0	325	295	274	292	347	341	344	384	280	292	295	373	422
<b>Ab in Erwerbspotential</b>	<b>831</b>	<b>2567</b>	<b>2378</b>	<b>2206</b>	<b>2084</b>	<b>2295</b>	<b>2482</b>	<b>2788</b>	<b>2811</b>	<b>2989</b>	<b>3015</b>	<b>2813</b>	<b>2930</b>	<b>3020</b>
Ab in Schulen (Vollzeit)	37	87	82	77	71	74	83	94	98	99	99	95	99	104
Ab in Vollzeit-FuU 1)	8	43	63	71	88	121	136	144	172	192	259	343	332	396
Ab in Erwerbsunfähigkeit	3	25	25	24	23	28	42	54	58	39	33	31	32	30
Ab in Ruhestand	8	14	9	13	16	11	11	21	21	28	48	21	36	45
Ab in Übr. Nichterw.-Pers.	421	535	565	550	504	346	351	390	453	310	240	259	281	283
<b>Ab in Nichterwerbspers.</b>	<b>478</b>	<b>704</b>	<b>744</b>	<b>735</b>	<b>702</b>	<b>581</b>	<b>623</b>	<b>702</b>	<b>802</b>	<b>668</b>	<b>680</b>	<b>750</b>	<b>780</b>	<b>858</b>
Sterbefälle	1	2	2	2	2	2	3	3	3	4	4	3	4	4
Auslandsfortzüge	2	41	41	42	45	67	79	86	80	68	67	71	73	63
<b>Jahresendbestand</b>	<b>175</b>	<b>1091</b>	<b>1007</b>	<b>867</b>	<b>1118</b>	<b>1704</b>	<b>2223</b>	<b>2349</b>	<b>2325</b>	<b>2347</b>	<b>2218</b>	<b>2308</b>	<b>2190</b>	<b>2052</b>

1) Einschl. Deutschlehrgänge  
Quelle: Arbeitskräfte-Gesamtrechnung (AGR) des IAB

Tabelle 2: Durchschnittliche jährliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 1970 bis 1990<sup>2)</sup>

Jahre	Tarifliche Vorgaben					tarifliche jährliche Arbeits- zeit	Krankenstand			effek- tive Arbeits- tage pro Jahr	Mehrarbeitsstunden			Jahres- arbeits- zeit (einschl. Mehr- arbeits- stunden)	Ausfallstunden durch					Tat- sächliche jährliche Arbeits- zeit*)	Veränderungen der tat- sächlichen Arbeitszeit			
	Poten- tielle Arbeits- tage	Wo- chen- arbeits- zeit	tägliche Arbeits- zeit <sup>3)</sup>	tarif- licher Jahres- urlaub	urlaubs- berei- nigte jähr- liche Arbeits- tage		der Per- sonen	in Arbeits- tagen	in Arbeits- stunden		kranken- stands- berei- nigte Jahres- arbeits- zeit	pro Woche	pro Tag		pro Jahr	Kurz- arbeit	Schlecht- wetter- geld	Arbeits- kampf	Teil- zeit- effekt		Summe	Ka- lender- jähr- lich	Arbeits- tage	arbeits- täg- lich berei- nigt
	in Tagen	in Stunden	in Tagen	in Stunden	in Stunden		in %	in Tagen	in Stunden		in Stunden	in Tagen	in Stunden		in Stunden	in Stunden	in Stunden	in Stunden	in Stunden		in Stunden	in Stunden	in Stunden	in Stunden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1970	250,1	41,46	8,29	21,2	228,9	1898,1	5,73	13,1	108,7	1789,4	215,8	3,65	0,73	157,3	1946,7	0,2	15,7	0,0	45,8	61,8	1885,0	- 0,7	+ 0,4	- 1,1
1971	251,3	41,14	8,23	21,8	229,5	1888,6	5,52	12,7	104,3	1784,3	216,9	3,15	0,63	136,4	1920,8	1,9	12,5	1,6	48,9	64,9	1855,9	- 1,5	+ 0,5	- 2,0
1972	250,2	41,02	8,20	22,3	227,9	1869,4	5,55	12,7	103,8	1765,6	215,2	2,95	0,59	127,0	1892,7	1,6	7,9	0,0	51,4	61,0	1831,7	- 1,3	- 0,4	- 0,9
1973	249,5	40,91	8,18	23,0	226,5	1853,0	6,01	13,6	111,3	1741,7	212,8	2,98	0,60	126,6	1868,3	0,9	9,2	0,2	53,5	63,9	1804,4	- 1,5	- 0,3	- 1,2
1974	248,5	40,74	8,15	23,7	224,8	1831,9	5,83	13,1	106,9	1725,0	211,7	2,73	0,55	115,5	1840,5	6,0	5,2	0,4	52,5	64,1	1776,4	- 1,6	- 0,4	- 1,2
1975	248,8	40,33	8,07	24,3	224,5	1810,9	5,29	11,9	95,9	1715,0	212,6	2,35	0,47	99,7	1814,7	18,7	4,9	0,0	54,5	78,1	1736,5	- 2,2	+ 0,1	- 2,3
1976	253,1	40,25	8,05	24,7	228,4	1838,5	5,53	12,6	101,7	1736,8	215,7	2,38	0,48	102,7	1839,5	6,0	8,0	0,2	55,1	69,3	1770,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,2
1977	251,2	40,23	8,05	25,2	226,0	1818,3	5,52	12,5	100,3	1718,0	213,5	2,20	0,44	93,7	1811,7	4,9	7,0	0,0	58,9	70,8	1741,0	- 1,6	- 0,8	- 0,8
1978	250,2	40,19	8,04	25,9	224,3	1802,8	5,76	12,9	104,0	1698,9	211,4	2,15	0,43	90,9	1789,8	3,9	9,4	1,5	58,1	72,8	1717,0	- 1,4	- 0,4	- 1,0
1979	249,5	40,16	8,03	26,7	222,8	1789,7	6,03	13,4	107,9	1681,7	209,4	2,16	0,43	90,4	1772,1	1,9	12,0	0,2	59,1	73,1	1699,0	- 1,0	- 0,3	- 0,7
1980	250,3	40,13	8,03	27,3	223,0	1789,4	6,11	13,6	109,3	1680,1	209,4	1,92	0,38	80,2	1760,3	3,2	9,8	0,1	58,9	72,0	1688,3	- 0,6	+ 0,3	- 0,9
1981	249,5	40,10	8,02	28,0	221,9	1779,7	5,68	12,6	101,1	1678,5	209,3	1,80	0,36	75,0	1753,0	7,4	12,5	0,0	61,0	80,9	1672,1	- 1,0	- 0,2	- 0,8
1982	251,1	40,03	8,01	28,8	222,3	1779,9	4,88	10,9	86,9	1693,0	211,5	1,56	0,31	66,0	1759,1	12,9	7,1	0,0	61,7	81,6	1677,5	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2
1983	251,0	40,01	8,00	29,6	221,4	1771,6	4,65	10,3	82,5	1689,1	211,1	1,52	0,30	64,1	1753,3	15,0	5,7	0,0	62,6	83,2	1670,1	- 0,4	- 0,0	- 0,4
1984	250,0	39,99	8,00	29,9	220,1	1760,6	4,83	10,6	85,1	1675,5	209,5	1,57	0,31	65,5	1741,0	8,9	4,3	2,0	64,2	79,3	1661,6	- 0,5	- 0,4	- 0,1
1985	248,3	39,76	7,95	30,1	218,1	1735,0	4,84	10,6	84,0	1651,0	207,6	1,60	0,32	66,5	1717,5	6,3	6,0	0,0	65,9	78,2	1639,3	- 1,4	- 0,7	- 0,7
1986	248,8	39,51	7,90	30,2	218,6	1727,2	4,95	10,8	85,4	1641,7	207,7	1,60	0,32	66,6	1708,3	5,3	5,2	0,0	67,8	78,2	1630,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,8
1987	249,9	39,40	7,88	30,5	219,4	1729,2	5,06	11,1	87,4	1641,8	208,3	1,48	0,30	61,5	1703,2	6,8	6,0	0,0	70,1	83,0	1620,3	- 0,6	+ 0,4	- 1,0
1988 <sup>1)</sup>	251,0	39,24	7,85	30,6	220,4	1729,2	5,14	11,3	88,9	1640,3	209,0	1,55	0,31	64,6	1704,9	4,7	3,9	0,0	73,1	81,7	1623,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2
1989 <sup>2)</sup>	250,0	38,94	7,79	30,6	219,4	1708,8	5,30	11,7	90,9	1617,9	207,8	1,65	0,33	68,6	1686,5	2,1	2,0	·	75,4	79,5	1607,0	- 1,0	- 0,4	- 0,6
1990 <sup>2)</sup>	249,3	38,69	7,74	30,7	218,6	1691,8	5,25	11,5	88,8	1603,0	207,1	1,65	0,33	68,4	1671,4	2,1	2,0	·	78,0	82,1	1589,3	- 1,1	- 0,3	- 0,8

1) Vorläufig

2) Schätzungen (bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts 1990 von + 3%)

3) Bei Unterstellung einer Fünf-Tage-Woche

\*) Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB

Tabelle 3: Teilzeitquoten von Arbeitnehmern nach Wirtschaftsabteilungen von 1972 bis 1988 – Insgesamt, Frauen – (1–36 Wochenstunden)

Arbeitnehmer insgesamt	1972 001	1973 002	1974 003	1975 004	1976 005	1977 006	1978 007	1979 008	1980 009	1981 010	1982 011	1983 012	1984 013	1985 014	1986 015	1987 016	1988 017
Land- u. Forstwirtschaft	13,1	12,8	11,9	13,8	12,6	13,4	11,5	12,2	11,1	11,5	11,4	15,0	9,8	9,9	10,7	10,4	9,9
Energiewirtsch.,Wasservers.	2,3	2,4	2,4	2,1	2,4	2,6	3,4	2,5	2,5	3,3	3,4	3,8	4,2	4,2	3,1	4,4	3,6
Verarbeitendes Gewerbe	7,2	7,5	7,1	7,3	7,0	7,1	6,9	7,2	7,2	7,4	7,0	7,2	7,3	7,1	7,2	6,9	7,4
Baugewerbe	2,3	2,5	2,9	3,4	3,6	3,7	3,5	3,5	3,4	3,7	3,8	4,2	4,0	4,6	4,2	4,5	4,7
Warenproduzierendes Gewerbe	6,2	6,5	6,3	6,5	6,2	6,4	6,3	6,4	6,3	6,6	6,4	6,5	6,5	6,6	6,5	6,4	6,8
Handel	20,4	21,4	21,7	22,3	22,1	23,4	22,0	23,4	22,5	24,3	23,9	25,5	22,9	23,5	23,1	23,5	24,8
Verkehr	7,0	7,0	6,8	7,5	7,0	7,5	7,5	8,3	8,6	8,6	8,6	9,3	8,6	9,6	10,2	9,9	10,0
Handel u. Verkehr	15,5	16,2	16,3	16,8	16,6	17,6	16,8	18,0	17,7	18,8	18,6	20,0	17,9	18,8	18,7	18,9	19,8
Kreditinst.,Versicherung	11,3	11,5	12,1	12,8	11,8	12,6	12,1	12,0	11,5	12,0	12,0	11,7	11,7	13,0	12,6	12,3	12,5
sonst. Dienstleistungen	23,3	24,2	23,9	24,5	24,6	25,4	24,4	24,4	21,1	21,5	22,1	26,6	24,7	23,2	23,6	23,7	24,7
Organis.oh.Erwerbschar.priv.Haushalte	30,7	31,0	30,6	30,5	30,1	32,1	30,7	30,6	26,7	29,2	29,4	34,3	33,6	30,5	30,5	31,1	30,4
Gebietskoerpersch., Sozialversicherung	7,4	7,7	7,5	8,5	8,8	8,3	8,8	8,9	8,5	9,1	9,4	10,3	9,6	9,7	10,3	9,9	10,5
Dienstleistungen insges.	16,5	17,1	17,1	17,7	17,9	18,4	17,9	18,0	16,2	16,8	17,2	19,8	19,0	18,3	18,7	18,8	19,5
Wirtschaft insgesamt	10,9	11,4	11,3	11,8	11,9	12,4	12,0	12,4	11,6	12,2	12,3	13,7	13,1	13,1	13,3	13,3	13,9
Darunter: Frauen	1972 001	1973 002	1974 003	1975 004	1976 005	1977 006	1978 007	1979 008	1980 009	1981 010	1982 011	1983 012	1984 013	1985 014	1986 015	1987 016	1988 017
Land- u. Forstwirtschaft	33,5	33,7	31,3	32,9	31,6	35,1	29,5	31,4	33,2	31,2	28,6	34,1	26,0	22,3	24,6	25,9	25,4
Energiewirtsch.,Wasservers.	21,3	21,9	20,9	24,4	20,8	20,8	24,6	19,8	16,7	18,9	21,1	22,7	24,7	25,7	18,1	19,8	17,0
Verarbeitendes Gewerbe	22,2	23,1	22,2	22,3	22,1	23,0	22,6	23,4	22,9	23,9	23,5	24,4	23,5	22,7	23,2	21,9	23,4
Baugewerbe	33,9	34,6	36,3	39,6	40,9	44,0	40,7	40,0	38,8	40,9	39,4	38,7	36,9	39,5	36,4	36,9	39,5
Warenproduzierendes Gewerbe	22,6	23,5	22,8	23,0	22,8	23,8	23,4	24,1	23,5	24,7	24,3	25,3	24,4	23,9	23,9	22,8	24,3
Handel	33,8	35,5	35,4	36,4	36,2	37,7	36,2	37,8	36,9	39,2	38,5	40,6	38,1	38,8	38,4	38,6	39,9
Verkehr	32,9	32,8	32,0	33,9	33,7	36,2	34,6	36,9	36,0	35,9	35,3	38,2	33,9	35,9	36,5	36,1	36,3
Handel u. Verkehr	33,6	35,1	34,8	36,0	35,8	37,5	36,0	37,7	36,7	38,7	38,0	40,2	37,4	38,3	38,1	38,1	39,2
Kreditinst.,Versicherung	21,3	21,7	22,6	23,3	22,6	24,7	23,5	23,3	22,4	22,6	23,0	23,1	23,1	25,0	23,6	23,0	23,8
sonst. Dienstleistungen	30,6	31,2	31,1	31,8	31,9	33,1	31,7	32,0	29,2	30,0	30,7	35,8	32,7	32,1	33,1	32,8	34,1
Organis.oh.Erwerbschar.priv.Haushalte	41,4	42,2	42,4	45,0	43,4	45,6	43,0	43,0	39,1	40,5	41,5	47,8	47,0	43,6	44,7	45,9	45,2
Gebietskoerpersch., Sozialversicherung	25,6	26,8	26,0	28,3	28,1	27,9	28,2	29,0	28,0	29,0	29,1	30,1	29,5	29,8	30,3	29,9	30,8
Dienstleistungen insges.	29,6	30,3	30,1	31,2	31,0	32,2	31,1	31,4	29,2	29,9	30,5	34,2	32,2	31,7	32,4	32,2	33,3
Wirtschaft insgesamt	27,9	28,9	28,4	29,3	29,4	30,6	29,6	30,4	29,0	30,1	30,2	33,0	31,1	30,8	31,3	30,8	32,0

Quelle: Mikrozensusergebnisse (normalerweise 1–36 Wochenstunden)